

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Das „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Zeitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 50 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, bei der Expedition abgegeben werden.

Nr. 60.

Donnerstag, den 12. März 1914.

21. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Sieh Dir Deine Gegner an!

Wir müssen die Lauen und Flauen fragen, ob sie unentschiedene Gegner der Arbeiter kennen.

Gibt es auch nur einen Echtkonservativen, der nicht bereit ist, zur Bekämpfung und Unterdrückung der Arbeiterbewegung alles zu tun, was er tun kann und geschehen lassen möchte?

Frage den Arbeiter, der sich bis heute noch nicht organisiert hat, ob er an einen rheinisch-westfälischen Scharfmacher und Industrieberrn glaubt, der die Gewerkschaften nicht alle Tage öffentlich und ungeniert, rücksichtslos und mit Stumpf und Stiel anzurotten verlangt?

Frage ihn, ob er einen richtiggehenden liberalen Hausbesitzer kennt, der die Mieter nicht ausbeutet, der nicht gegen die Besteuerung des durch die Allgemeinheit geschaffenen Wertzuwachses seines Besitzes mit Fäusten und Zähnen kämpft?

Frage ihn, ob er gelborganisierte Arbeiter, reaktionäre Generalanzeiger, geschwollene Kriegervereiner und schamlose Ausbeuter kennt, die ihn lieben, auf ihn Rücksicht nehmen und ihn zu seinem vollen Menschenrechte kommen lassen?

Der Befragte muß das verneinen!

Dann frage ihn, warum er Rücksicht auf seine Gegner, Feinde und die ihn Bekämpfenden nimmt. Er wird einsehen, daß er sich organisieren, seine Frau mit ihm kämpfen muß, und daß in seine Proletariatswohnung eine Arbeiterzeitung gehört!

Die Peitsche.

Ein reaktionäres Blatt redete neulich von den „vortwärtsgepeitschten Zwangsgliedern“ der Sozialdemokratie. Ein Schein gibt mehr als er hat und das Blatt hat mit der Wendung unfeiwilig eine tiefere Wahrheit verkappt, als es bei seinem intellektuellen Niveau beabsichtigen konnte. Sowohl, gezwungen und vortwärts gepeitscht strömt das Proletariat der Sozialdemokratie zu; gezwungen von der zermalmenden Macht der wirtschaftlichen Entwicklung; vortwärts gepeitscht von den tausend Ungerechtigkeiten und Widerprüchen dieser wahnsinnigen kapitalistischen Wirtschafts-anarchie. Das ist die Peitsche, die den kleinen Mann hinter die roten Fahnen treibt, sobald er lebend geworden.

Wenn in diesen Tagen durch die Werbearbeit unserer Anhänger die Scharen der Sozialdemokratie um neue Massenbataillone verstärkt werden, so ernten wir damit nur, was die Unnatur unserer Gesellschaft tagaus, tagein für uns säet. Wenn wir nur das überschauen, was die Presse und die Öffentlichkeit in den letzten Wochen beschäftigt hat, so ist da kein Tag, an dem nicht die rote Saat von unsren Gegnern mit vollen Händen ausgestreut worden ist, an dem nicht die Peitsche des Klassenstaates über die arbeitenden Massen hingeknallt hätte. Jeder politische Vorgang der letzten Wochen ist eine Mahnung, eine Warnung, eine Aufpeitschung für die Arbeiterklasse. Wie ein doppelter Peitschenschlag wirkte die Verurteilung der Genossin Rosa Luxemburg zu einem Jahr Gefängnis. Weshalb? Was hat sie getan? Hat sie einen Menschen gemordet wie Keiling? Oder hat sie einen Aufruhr entfesselt wie der freigesprochene Oberst v. Reuter? Nein! Viel schlimmer! Sie hat gewagt, von der Versammlungstribüne zu sagen, was die Sozialdemokratie in ähnlichen Worten jahraus, jahrein sagt: daß der Krieg eine Bestialität ist und daß die Völker sich gegen ihn wehren müssen. Forstner, der hoffnungsvolle Junkersproß, Mädchenschänder und Sieger über einen verkrüppelten Schuster, wurde wegen seiner blutigen Zäberner Heldentaten freigesprochen; Reuter, der Schlingling Deimlings und Falkenhagens, der

Mann, der die Zivilkavallerie zur Strecke gebracht wissen, der in Zäbern Blut fließen lassen wollte, der harmlose Bürger unter Kolbenstößen in den Pandurenkeller werfen ließ, auch er wurde freigesprochen. Rosa Luxemburg, die nichts tat, als diesen Militarismus an den Pranger zu stellen und militaristischem Wahnsinn die Vernunft der Menschlichkeit gegenüberzustellen — 1 Jahr Gefängnis.

Unsere Gegner wissen, warum sie sich auf Bündertongressen, Preußenbunds- und Scharfmachertagungen schnoddrig über den Zorn des Volkes lustig machen dürfen. Die Armee, das ist der Popanz, hinter dem sie sich verschaukeln haben, das ist die Maschine, die die Reaktion zu ihrem Schutze drückt. Und so sieht denn die Armee auch danach aus. Mit dem Gamajendient soll den Söhnen des Volkes Untertanensinn beigebracht werden; Selbstmorde, Attentate auf Vorgesetzte und andere Katastrophen geben uns ab und zu Kunde von den Tragödien, die in den Kasernen vorbereitet werden. Kürzlich erit haben sich zwei Offiziersburken in Reisse auf ihren Vorgesetzten gestürzt, sind entflohen — und anderen Tages fand man sie überfahren auf den Schienen der Eisenbahn. Noch ist die furchtbare Tragödie in Dunkel gehüllt; noch weiß man nicht genau, was die zwei jungen Menschen in den Tod getrieben hat. Aber wer die Kadaverdisziplin der deutschen Armee kennt, der weiß, was die Zwei erduldet haben müssen, ehe sie sich auf den General stürzten.

Die Selbstmorde und Selbstmordversuche innerhalb des Heeres sind ununterbrochen gestiegen. Seit 1878 hat sich unsere Heeresstärke ungefähr verdoppelt, die Zahl der Selbstmordversuche aber versechsfacht. Jedes Jahr enden 220 bis 250 Soldaten nach amtlicher Statistik durch Selbstmord; rechnet man jährlich 130 bis 150 Selbstmordversuche hinzu, so kommt im deutschen Heere auf jeden Tag ein Selbstmordfall. Das ist ein wahrlich trauriger, aufpeitschender Zustand. Er wird nur erklärlich durch das Militärstrafgesetzbuch und die Praxis der Kriegsgesichte, die die Soldatenhänderei mit milden Augen betrachten, jede Insurrektion des Soldaten aber mit drakonischen Strafen sühnen. Peitschenschläge für das Volk, Peitschenschläge, wie sie auch die zivile Gerichtsbarkeit fast täglich aussteilt.

Wenn ein streikender Arbeiter einen Streikbrecher schief ansieht oder vor ihm ausspizt, wandert er ins Gefängnis; ein Streikbrecher kann einen Streikenden über den Haufen schießen, ohne viel fürchten zu müssen, denn nach der Klassentheorie unserer bürgerlichen Richter ist bei dem Streikbrecher Notwehr, bei dem Streikenden Böswilligkeit vorhanden. Es kann eine solche Unternehmertreuer einen Menschen sogar so böseartig meucheln, wie es Keiling getan hat — die Richter sind trotz alledem von seiner Notwehr überzeugt. Es kann einer ein so vielfach vorbestrafter Halunke sein wie Keiling, er kann doch in dieser Gesellschaft der Fäulnis, des Niederganges, eine Stütze der Polizei, ein unentbehrliches Werkzeug Jagows sein. Peitschenschläge fürs Volk!

Von staatl. zum Menschenhandel konfessionierten Zuchthauskandidaten soll die aufstrebende Arbeiterklasse niedergeknüpelt werden, mit solchen Werkzeugen soll sie heute in ihren Glendniederungen festgehalten werden. Heute, da sich der Wahnsinn des Massenelends schreiender aufreckt denn je. Scharen Arbeitsloser durchziehen die Straßen; die Arbeitsnachweise sind überfüllt; überall Hände, die sich regen möchten und keine Arbeit finden. Täglich geben uns die Blätter Kunde von dem entsetzlichen Hungerelend, in dem Tausende und aber Tausende von Familien leiden. Täglich lesen wir von Arbeitslosen, die im Strid ihre letzte Rettung sahen, von Familienkatastrophen, die sich mit der Arbeitslosigkeit des Ernährers entwickelten. Jede Meldung ein Peitschenschlag! Und dicht unter diesen Glendmeldungen lesen wir von dem Reichtum und Ueberfluß der oberen Zehntausend, von den Bällen und Soireen der Besthenden, deren Tisch zum Brechen überladen ist. Da ging jüngst durch die Presse eine Sensationsmeldung, in der sich die soziale Unnatur unserer Zeit blutig äußerte: In Budapest war eine Frau ermordet worden, die man in der Welt des Budapesters Nachtlebens unter dem romantischen Namen „Magnatenessa“ kannte. Ein Verzeichnis der Wertgegenstände des Nachlasses gab Aufschluß über den Besitz der Ermordeten. In dieser Schmudstatistik waren Brillantenohrgehänge im Werte von 30 000 Kronen, Brillantendiademe von 20 000 Kronen, Kopfschmuck von 12 000 Kronen, ein Muff von 20 000 Kronen, Gemälde von 18 000 Kronen aufgeführt. . . . Es waren an die 200 000 Kronen in Schmud- und Landgegenständen, die diese Dame künstlicher Freuden hinterließ.

Erstaunt fragen wir: Wie kam „Magnatenessa“ zu diesen märchenhaften Schätzen, von denen einzelne Gegenstände das Jahreseinkommen eines Duzends Arbeiterfamilien ausmachen? Wie kam Magnatenessa zu ihren 25 000 Kronen Monats einkommen? Sehr ein-

fach: Magnatenessa war der Mittelpunkt der begüterten Männerwelt, und in jenen Kreisen sitzen die Reichtümer so, daß einer dieser Lebemänner für eine Nacht mehr opfern kann, als ein Arbeiter in zehn Jahren schwerer Arbeit verdient. Peitschenschläge fürs Volk!

Die Peitsche des kapitalistischen Wahnsinns, wohin wir den Blick wenden. Ist es bei der Brutalität unserer Zustände noch nötig, auf alle Schandmale der Zeit hinzuweisen? Ist es noch nötig, die Verwahrheit des Nahrungsmittelwuchers, die Umschläge des Zollwucherblocks, die Volkseinkunfts- und Volksausplünderungspläne der Dunkelmänner und Finsterlinge zu erörtern? Nein! Was vermögen Worte, wo die täglichen Peitschenschläge der Reaktion Blinde lebend machen?

Aber eins zu sagen ist nötig: Größer als die Kulturschande unserer Zustände ist die Schande, daß sich Millionen Volksgenossen die Peitsche gefallen lassen, ohne sich zu wehren! Das ist menschenunwürdig und flavenhaft.

Datum hinein in die sozialdemokratischen Organisationen, wer noch Gefühl für Menschenwürde hat! hinaus mit den bürgerlichen Blättern aus den Arbeiterhäusern, in denen noch ein Funke Freiheitssehnen glimmt. An die Arbeit für die Sozialdemokratie — nur so werden wir die Peitsche zerbrechen!

Politische Rundschau.

Deutschland.

Die Etats der Schutzgebiete.

Der Generaldebatte des Reichskolonialamts, die am Dienstag ihr Ende nahm, folgt jetzt die Beratung der Etats der einzelnen Schutzgebiete. In der Mittwochszung sind die Etats für Neu-Guinea und Samoa erledigt und der Etat für Ostafrika in Angriff genommen worden.

Beim Etat für Neu-Guinea kritisierte Herr Dr. Arendt den Beschluß der Budgetkommission, eine halbe Million für die Erschließung von Petroleumquellen in den Etat einzulegen. Er fand die Unterstützung bei den Herren Dr. Pfleger und Erzberger vom Zentrum und bei Herrn Baasche, der für das Privatkapital den Anspruch an Verdienst erhob. Die Herren Gothein und Dr. Waldstein von der Fortschrittspartei und der Konservative Dr. Dertel, ebenso wie der Staatssekretär traten für die Budgetkommission ein, und Genosse Dr. Frank hielt dem Zentrum seine Wandlungen vor und sagte ihm auch deutlich, daß es für das Privatmonopol des amerikanischen Petroleumkonzerns sich begeistert. — Für den Schutz der Paradiesvögel sprach Genosse Koska.

Das Verbot der Mischehen in Samoa wurde auch in diesem Jahre erörtert. Herr Dr. Solz erklärte zwar, daß er keinen formellen Erlaß gegeben habe, aber Genosse Ledebour bewies ihm deutlich, daß seine Aufforderung im strengsten Stil erlassen ist. Ledebour konnte auch einwandfrei feststellen, daß Herr Dr. Solz keine Antwort auf die Frage gefunden hat, wie er sein Verbot mit den gesetzlichen Bestimmungen in Einklang bringt.

Beim Etat für Ostafrika sprachen der Konservative v. Söhlenborff und Herr Dr. Arendt ihre Freude über den Ausbau des Bahnnetzes aus. Genosse Ledebour stellte demgegenüber noch einmal fest, daß die sozialdemokratische Fraktion gegen die neuen Bahnen stimmt, nachdem ihre Anträge keine Annahme gefunden haben, ihre Besichtigungen dagegen noch verstärkt worden sind.

Die Debatte wird am Donnerstag fortgesetzt.

Die Reaktion marschiert.

Zum Schutz der Arbeitswilligen sind nach einer Nachrichtenstelle die Oberpräsidenten der preussischen Provinzen angewiesen worden, Polizeiverordnungen zu erlassen, in welchen folgendes bestimmt wird:

„Den Anordnungen der polizeilichen Aufsichtsbeamten, die a) zur Erhaltung der öffentlichen Ruhe, Sicherheit und Ordnung, insbesondere zum Schutze der Personen und des Eigentums, b) zur Erhaltung der Ruhe, Sicherheit, Ordnung und Bequemlichkeit des Verkehrs auf den öffentlichen Wegen, Straßen, Plätzen oder Wasserstraßen getroffen werden, ist Folge zu leisten. Zuwiderhandlungen werden, soweit nicht die im § 366 Ziffer 10 des Reichsstrafgesetzbuches angeordnete Strafe (Geldstrafe bis zu 60 Mark oder Haft bis zu 14 Tagen) eintritt, mit einer Geldstrafe bis zu 60 Mark, im Falle des Unvermögens an deren Stelle mit entsprechender Haft bestraft.“

Bemerkenswert hierzu noch, daß Verordnungen dieses Inhalts bereits in der Rechtssprechung des Oberverwaltungsgerichts als rechtsgültig anerkannt worden sind, und daß auch in anderen Bundesstaaten Erwägungen im Gange sind, im Wege der Polizeiverordnung polizeiliche Vorkehrungen gegen das Streikpostenstehen zu treffen.

Diese Nachricht bringt die „Deutsche Parlamentskorrespondenz“. Den Schanzmachern, die noch immer das Budgetgesetz erträumen, ist aber mit einfachen Polizeiverordnungen nicht gedient. So bemerkt die „Deutsche Tageszeitung“ zu den zukünftigen polizeilichen Verträgen auf ganzer Front: „Dieses Vorgehen wird man nur begrüßen können; nur steht doch zu befürchten, daß man Mittel und Wege finden wird, diese Polizeiverordnungen zu umgehen.“

Will die Arbeiterkraft die Reaktion erfolgreich die Stirn bieten, dann muß sie sich noch fester als bisher in den gewerkschaftlichen und politischen Organisationen zusammenschließen.

Der preussische Fiskus und das Kohlenyndikat.

Das preussische Abgeordnetenhaus setzte am Mittwoch die am Dienstag abgebrochene Debatte über die Syndikatspolitik fort. Als erster Redner kam Genosse Hue zu Wort, der in seiner zweistündigen Rede die Abhängigkeit des Fiskus vom Grubenkapital schilderte, sich eingehend über die Rentabilität des staatlichen Vergabens verbreitete und darlegte, wie die Unternehmer aus Furcht vor dem Einfluß des Staates auf die Preisgestaltung seinen Eintritt in das Syndikat nicht wünschten und dringend vor einer Verbindung mit dem Syndikat warnten. — Selbst der konservative Abg. v. Pappenheim, der sich im übrigen auf einen entgegengelegten Standpunkt stellte und der Ansicht Ausdruck gab, daß die Neubildung des Kohlenyndikats gerade im Interesse der Arbeiter liege, mußte zugeden, daß die Rede Hues von einer außerordentlichen Sachkenntnis getragen war. — Auch der nationalliberale Abg. Hasenclever, der die Interessen des Grubenkapitals vertrat, unterzog sich nicht der Mühe, die Angaben unseres Genossen Hue zu widerlegen. Wahrscheinlich sah er von vornherein ein, daß ein solcher Versuch kläglich scheitern würde.

Wie recht Genosse Hue mit seinen Ausführungen hatte, beweist indirekt die Rede des Handelsministers Dr. Sydow. Der Minister gab keine klare Auskunft über die Stellung des Fiskus zum Kohlenyndikat. Der Grund, warum er um die Sache herumredet, ist, wie er offen eingestand, darin zu suchen, daß an der Spitze der zum Syndikat gehörigen Betriebe äußerst geschickte und geschäftstüchtige Leute stehen, mit denen es schwer sei, zu verhandeln. Hierin liegt das Eingeständnis, daß die Grubenbarone weniger die Interessen des Staates als die ihres eigenen Vorteils wahrnehmen.

Der Donnerstag bleibt tagungslos, damit die Kommissionen ihre Arbeiten fördern. Am Freitag wird die Beratung des Etats der Bergverwaltung fortgesetzt.

Die entgegenkommende Regierung.

Von den sämtlichen Wünschen, die das preussische Dreiklassenparlament in den letzten zwei Jahren der Regierung unterbreitet hat, sind nach einer Meldung des „Deutschen Kurier“ nur drei abgelehnt worden. So erklärte die Regierung auf die Forderung, den Binnenschiffen aus Anlaß einer Trockenheit besondere Hilfe zu gewähren, ein außergewöhnlicher Notstand liege nicht vor. Das Verlangen nach einer Untersuchung, wie den Notständen des städtischen Realcredits abgeholfen werden könnte, lehnte sie ab, weil schon von Reichs wegen ein entsprechender Ausschuß eingesetzt werden soll, in dem natürlich auch Preußen vertreten sein wird. Die Freigabe sämtlicher Personenzüge zur Tierbeförderung bei Anschlußversammlungen konnte die Regierung aus Gründen der Pünktlichkeit und Sicherheit des Betriebes, sowie wegen der gebotenen Rücksicht auf den Personenverkehr nicht zugehen. Die übrigen 136 Wünsche des preussischen Abgeordnetenhauses sind sämtlich erfüllt worden oder werden einer wohlwollenden Erledigung entgegengeführt.

Nun sage noch einer, die preussische Regierung habe kein richtiges Verständnis für die Wünsche der Volksvertretung! Wie aber sieht es mit den Wünschen des Reichstags?!

Orden für konservative Wahlhilfe.

Die Wahlprüfungskommission des Reichstags beschäftigte sich mit der Wahl des Grafen v. Westarp, der im Wahlkreis Meiseric-Bomst mit einem Mehr von 834 Stimmen gewählt worden ist. Gegen die Gültigkeit der Wahl haben die Reformler Protest erhoben, deren Kandidat der Zeitungsverleger Großmann war. In dem Protest wird u. a. geklagt, daß die Bürgermeister von Unruhstadt und Rothenburg a. d. Odra den Reformern die Versammlungslokale abgetrieben haben. Im Orte Chwalim soll auch der dort anwesende Prinz zu Lippe-Deimold, ein Bruder des regierenden Fürsten, in die Wahlagitator eingegriffen haben. Er hat einen Agitator der Reformler zu sich bestellt und dieser habe von da ab gegen Großmann und für Westarp agitiert. Obendrein habe dieser gekennzeichnende Mann von dem Prinzen resp. dessen Bruder einen Orden erhalten. In einigen Orten haben die Gemeindevorsteher und auch der Distriktskommissar aus Unruhstadt die reformerischen Stimmzettel den Wählern aus den Wohnungen abholen und dafür Stimmzettel für Westarp austreten lassen. Der Distriktskommissar (Polizeibeamter für einen größeren Bezirk) hat auch sonst mehrfach den Grafen v. Westarp als den alleinigen Kandidaten der Deutschen in Empfehlung gebracht. Sogar auf den Postämtern soll durch Aushang von Plakaten für den konservativen Grafen agitiert worden sein. Andererseits behaupten die Konservativen in einem Gegenprotest, daß auch das Wahlkomitee Großmanns die Gemeindevorsteher und Amtsvorsteher durch Zuschriften zu beeinflussen versuchten. — Die Protestgründe waren jedoch nicht ausreichend, um die Wahl Westarps zu erschüttern — ihm blieb, selbst wenn die nachteiligsten Folgen aus den gestrichelten Reichstagen gezogen würden, noch eine Mehrheit von reichlich 300 Stimmen — weshalb die Wahl für gültig erklärt wurde.

Neue Schutzkollerngemeinschaft.

Am Mittwoch waren in Berlin unter Vorsitz des Generaldirektors Böhm die Vertreter der industriellen Verbände zusammen, um die Begründung einer Organisation für die Förderung der deutschen Welthandelsinteressen weiter zu bereiten. Einem endgültigen Beschluß können noch letzte Interessengegensätze hinderlich zu sein.

Aus der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion. Am Freitag gelangt im Reichstage die Duell-Interpellation des Zentrums zur Verhandlung. Die Fraktion bestimmte als Redner hierzu die Genossen Haase und Wendel. In der Abänderung der Gewerbeordnung, betr. den Betrieb der Gast- und Schankwirtschaften und der Konzessionierung des Kinowesens sprechen die Genossen Ewald, Davidsohn und Schulz-Erfurt. Zur kleinen Erzählung, dem Gesetzentwurf zur Bekämpfung des Schmutzes in Wort und Bild, sprechen die Genossen Dr. Erdmann und Heine.

Gemeingefährliche Zentrumspläne.

In ihrer Dienstagabendausgabe ruft die „Köln. Volkszeitung“ zur Sammlung der bürgerlichen Parteien auf. Wer diese Aufgabe unter den Gesichtswinkeln der Fortführung unserer bisherigen Wirtschaftspolitik ins Auge fassen, der müsse freilich den Freisinn ausschließen. Die Mehrheit für den neuen Zolltarif sei eine sehr geringe und unsichere. Darum sei im Interesse der Sammlung im Reichstage eine Probeabstimmung für den künftigen Zolltarif geboten. Der Antrag Herold-Zedlich, der im Abgeordnetenhaus einen wirksamen Schutz der deutschen wirtschaftlichen Interessen auf Grundlage der bisherigen Wirtschaftspolitik verlangt habe, dränge nach einer Wiederholung: „Diese Probeabstimmung würde dem Handel, der Industrie und der Landwirtschaft im Reich draußen zeigen, ob der Reichstag in seiner jetzigen Zusammensetzung noch die Wünsche der Mehrheit des Volkes vertreten kann. Findet sich jetzt schon im Reichstage eine Mehrheit auf dem Boden eines solchen Antrages, dann würde diese Mehrheit für die Regierung eine starke Rückendeckung dem Austande gegenüber werden; vermag bei dieser Abstimmung der Liberalismus, dann trägt er die schwere Verantwortung vor dem Volke.“

Dann heißt es weiter: „Wenn der Reichstag durch die Kündigung der bestehenden Handelsverträge zu neuen Zolltarifverhandlungen gezwungen wird, und wenn die Wünsche der Landwirtschaft und der Industrie dabei eine Mehrheit finden sollen, dann kann das nur durch das Eintreten der christlichen Gewerkschaftsführer, der Arbeiterabgeordneten und der Vertreter der industriellen Wahlkreise mit den Nationalliberalen und mit der Rechten zu Wege gebracht werden.“

Es handelt sich hier um einen ganz raffinierten demagogischen Trick, gegen den rechtzeitig Abwehrmaßnahmen getroffen werden müssen. Das Zentrum will den Reichstag für die kommenden wirtschaftspolitischen Kämpfe festlegen und gleichzeitig die schwankenden Nationalliberalen zu sich herüber locken, um mit ihnen und den Konservativen einen festen reaktionären Schutzwall zu bilden.

Frauenwaisenträte in den Gemeinden Badens.

Die Zweite badische Kammer verhandelte am Montag über die von der Regierung und der Ersten Kammer angenommene Abänderung des Polizeigesetzes, wonach die in Deutschland erstmalige Zulassung von Frauen zum Gemeinde-Rat auf jeweils 6 Jahre für Gemeinden über 2000 Einwohner eingeführt werden soll; ebenso sollen die Frauen als Gemeinde-Waisenspflegerinnen bestellt werden können. Der neue Rechtsgrundgesetz fand die allgemeine Zustimmung der Zweiten Kammer. Meinungsverschiedenheit entstand nur darüber, ob die Frauen gleich den Männern zur Annahme des Amtes verpflichtet sein sollen. Da die Kommission den Standpunkt der Regierung zur Nichtverpflichtung der Frauen annahm, wurde im Plenum ein von allen Fraktionen unterstützter Gegenantrag eingebracht, nach welchem das Gesetz zur nochmaligen Beratung und Entscheidung im obigen Sinne an die Kommission verwiesen wird. Trotz des Widerspruchs der Regierung und der Mehrheit des blau-schwarzen Blocks wurde der Antrag angenommen.

Ein Futtermittelgesetz.

Bayerischen Interessenten ist die Nachricht zugegangen, daß die Reichsregierung ein Futtermittelgesetz in Angriff genommen habe. Das zukünftige Ministerium habe sich bereits an die in Frage kommenden Körperlichkeiten um Auskunft und eventuelle Mitarbeit gewandt.

Reinallgemeines gleiches und direktes Wahlrecht in Baden.

Die Justizkommission der Zweiten badischen Kammer lehnte am Dienstag gegen die sozialdemokratischen und freisinnigen Stimmen die Anträge auf Einführung des direkten Wahlrechts zu dem Kreis- und Bezirksrat sowie die Abschaffung des Klassenwahlrechts zum Landtag ab. Angenommen wurde ein Zentrumsantrag, der die Abänderung des Wahlrechts für den Kreisrat fordert.

Demonstration in Eljaß-Lothringen.

Eine große Kundgebung wird zum Abschluß des Statthalters Grafen Wedel in Straßburg vorbereitet. Es soll dem Statthalter u. a. ein imposanter Fackelzug gebracht werden. Bis jetzt haben 2000 Vereine und über 300 000 Mitglieder sich der Kundgebung angeschlossen. 200 Vereine aus Straßburg und Umgebung mit über 120 000 Mitgliedern haben bereits ihre Teilnahme am Fackelzug angefragt.

Wird der Fackelzug den Staat nicht ins Wanken bringen?

Frankreich.

Die rächende Militärjustiz. Wie aus Toulouse gemeldet wird, verurteilte das Kriegsgericht des 17. Armeekorps fünf Soldaten wegen der im Mai vorigen Jahres vorgekommenen militärischen Kundgebung zu Gefängnisstrafen von 3 Monaten bis zu 2 Jahren. Die „Humanité“ bemerkt dazu: Die Nachricht klingt seltsam, daß man beinahe annehmen müßte, daß die Soldaten aus einem anderen Grunde bestraft seien.

England.

Federeinheitsverbot. Das Unterhaus nahm am Freitag mit 297 gegen 15 Stimmen in zweiter Lesung eine Vorlage an, welche die Einfuhr von Federn in England nach dem amerikanischen Vorbild verbietet.

Asien.

Ein „Zwischenfall“ in China. Ueber Peking wird berichtet: 400 bis 500 Räuber drangen durch Verrat in die norwegische Missionsstation Lachowow, Provinz Szechuan, die sie plündern und anzündeten. Der Missionar Fryland wurde getötet, der Missionar Sanaschwer verwundet. Die Räuber erbeuteten Munition, 600 bis 700 Gewehre und verschiedene Geschütze. Sie zwangen die Kulis, die Beute fortzuschaffen. — Wie kommen eigentlich die vielen Gewehre und die Geschütze in das Haus der Gottesmänner? Das ist eine Frage, auf deren Beantwortung es ankommt, wenn man den „Zwischenfall“ richtig würdigen will.

Amerika.

Die mexikanischen Wirren. Der Daily Chronicle meldet aus New York, 10. März: Nach einem Bericht der New York World aus El Paso hat bei Torreone eine Schlacht stattgefunden. Die Rebellen, die die Stadt angriffen, wurden geschlagen, viele kamen ums Leben und wurden verwundet. Tausend Mann des Generals Huerta bewegten sich in vier getrennten Abteilungen vorwärts. Daneben besteht noch eine Kolonne von 5000 Mann. In Belem ließen sich 900 Mann, die ins Gefängnis geworfen worden waren, freiwillig in die Armee einreihen.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Donnerstag, 12. März.

Achtung, Bauarbeiter! Wegen Differenzen haben alle Maurer auf dem Hochofenwerk ihre Arbeit eingestellt. Zugung ist deshalb streng fernzuhalten. Der Zweigvereinsvorstand des Bauarbeiterverbandes.

Die Versammlung der sozialdemokratischen Frauen fällt heute abend aus. Dafür findet am Sonnabend, dem 21. März, ein gefälliges Beisammensein statt.

Die Versammlung der Bürgerschaft, die am Montag, dem 16. März 1914, abends 6 Uhr, stattfindet, hat folgende Tagesordnung zu erledigen: Mitterlungen des Senates. Anträge des Senates: 1. Herstellung weiterer Klassenräume und einer Turnhalle für die Bezirksschule in Travemünde. 2. Voranschlag der Verwaltungskosten des Hauptzollamtes für das Rechnungsjahr 1914.

Höherer Blödsinn. Das Organ der Lübecker Behörden bringt in seinem redaktionellen Teil, der allerdings vielfach unfröhlichen Humors nicht entbehrt, eine Notiz, die für den Charakter der „nationalen“ Jugendbewegung so bezeichnend ist, daß wir sie ohne Kürzung zum Abdruck bringen wollen. Hier ist sie:

Der Krieg ist nahe. Blau-weiß-blau macht mobil. In den beiden Ostertagen werden sich die Garnisonen der Deutschen Jugendwehr, Blau-weiß-blau Freischaren, der Nachbargebiete Hamburg, Wandsbek, Kiel, Schleswig, Plön, Malente-Gremsmühlen, Eutin, Oldesloe und Lübeck vereinigen, um auf der Balingen Heide eine große Schlacht zu liefern. Die Truppen treffen am Ostermontagabend ein und werden von den Lübecker Kameraden empfangen und in die Quartiere geführt. Am ersten Ostertage wird auf dem Burgfelde ein Feldgottesdienst abgehalten, woran die einzelnen Freikorps mit ihren Fahnen teilnehmen. Nach diesem findet ein gemeinschaftliches Essen statt. Die Truppen begeben sich um 2½ Uhr nachmittags vom Marktplatz aus in ihre Stellungen. Von 6 Uhr abends an herrscht Kriegszustand. Am nächsten Morgen wird voraussichtlich die Schlacht durch Vorkampfsgefechte eingeleitet, während die Entscheidung gegen Mittag fällt. Hierauf beim Musketierwäldchen allgemeines Abfeuern. Um 6 Uhr rücken die Freischärler wieder in Lübeck ein, wo dann die auswärtigen Kameraden per Bahn wieder ihre Garnisonen erreichen.

Anstatt daß die Jugend für die Schönheiten der Natur empfänglich gemacht wird, trägt man hier durch blöde Kriegsspieler zu ihrer Verrohung bei. Wie ungeheuer wichtig müssen sich doch diese jungen „Gut-in-die-Welt“ vornehmen, auf deren „Schlacht“ das läbliche Amtsblatt hinweist, von deren „Garnisonen“ es jalet; die es als „Truppen“ anspricht und denen die Behörden den Marktplatz unserer Stadt zur Verfügung stellen, den sie den erwachsenen Arbeitern verweigern. Und dann gar ein „Feldgottesdienst“! Sollen vielleicht religiöse Handlungen zur Komödie gemacht werden? Uns kann's ja recht sein! Im Interesse ihrer Jugend müssen die Arbeiter ihre Kinder der freien Jugendbewegung zuführen, die sie zu freien und frohen Menschen machen will, im Gegensatz zu den bürgerlichen Jugendkluborganisationen.

Der Bürgerausschuß erledigte in seiner gestrigen Sitzung den ihm vom Senat vorgelegten Gesetzentwurf betreffend die Ordnung der gutsherrlich-bäuerlichen Verhältnisse, die Abfassung der Realakten und die Teilung und Zusammenlegung von ländlichen Grundstücken. Der Bürgerausschuß beschloß, den von ihm in mancher Beziehung abgeänderten Senatsantrag der Bürgerschaft zur Mitgenehmigung zu empfehlen. — Die Senatsvorlage betreffend Anlauf der Grundstücke Kaiserstraße Nr. 1, 3 und 5 (Forderung 18 000 Mk., 14 000 Mk. und 6750 Mk.) wurde einer dreigliedrigen Kommission zur schleunigen Prüfung überwiesen. — Gutachtlich befürwortet wurde der Voranschlag der Verwaltungskosten des Hauptzollamtes für das Rechnungsjahr 1914.

Gautag der Holzarbeiter. In Hamburg traten am Sonntag, dem 8. März, 63 Delegierte aus 54 Zahlstellen des Gauverbandes der Holzarbeiterverbände zum Gautag zusammen. Gauleiter Buckendahl referierte über die Lohnbewegung in den Jahren 1912 und 1913. 1913 wurden besonders in den kleineren Branchen eine ganze Reihe Bewegungen mit Erfolg durchgeführt, obwohl sich in den Hauptbranchen die anhebende Krise bereits stark bemerkbar machte. In einer ganzen Anzahl von Betrieben gelang es, die Arbeitszeit auf 9 oder 9½ Stunden zu verkürzen. Die gute Konjunktur auf den Werften wurde benutzt, um die 1910 zugestandene Erhöhung der Stunden- und Einstellungsöhne um 2 Pfg. durchzusetzen. Im Jahre 1913 wurden 64 Lohnbewegungen und Streiks in 590 Betrieben mit 3782 Beschäftigten gezählt. 70 Bewegungen verliefen erfolgreich. Für 2441 Beteiligte wurde die Arbeitszeit um eine Stunde, bis sieben Stunden pro Woche, verkürzt. Für 3363 Beteiligte wurden Lohnerhöhungen im Betrage von 1,00 bis 4,00 Mark erreicht. Außerdem mußten einige Abwehrtreits geführt werden. An der Werftarbeiterbewegung waren 2984 Holzarbeiter beteiligt. Insgesamt bestehen im Gau Hamburg 114 Verbände mit 2017 Betrieben und 10 415 Beschäftigten. Ueber die Organisationsverhältnisse im Gau orientierte ein Referat des Gauleiters Willers. 1911 wurden 18 574, 1912 20 360 und 1913 19 931 Mitglieder gezählt. Der unerhebliche Rückgang im verflochtenen Jahr findet in der Krise seine Erklärung. In anderen freien Gewerkschaften sind 1354, im Hirsch-Dunckerischen Verband sind 293, im christlichen

Verband 250 organisiert, während 4635 Berufangehörige seiner Organisation angehören. Von 1082 weiblichen Berufsangehörigen sind 571 Mitglieder des Holzarbeiterverbandes. Die Ausgaben der Gauverwaltung betragen in den beiden Jahren 23 633,55 Mk. In der Diskussion wurde als Ursache für den Mitgliederrückgang auch die Werftarbeiterbewegung genannt. Das Vordringen der Gelben und die Erörterung geeigneter Abwehrmittel nahm in der Debatte einen breiten Raum ein. Die Durchführung des Kartellvertrages mit den Verbänden der Fabrikarbeiter und Transportarbeiter macht noch mancherlei Schwierigkeiten, doch hofft man eine baldige Gewöhnung an den Zustand. Die Agitation auf dem ländlichen Lande wünscht man kräftiger gefördert zu sehen. Der Frage der Arbeitsnachweise soll erhöhte Aufmerksamkeit geschenkt werden. In der Montagssitzung hielt Reumann — Mitglied des Hauptvorstandes — ein längeres Referat über den bevorstehenden Verbandstag in Dresden. Er begründete die vom Vorstand geplante Erweiterung der Arbeitslosenunterstützung, warnte aber davor, die Zentralstelle zu sehr zu belasten, da der Kampffonds nicht geschwächt werden dürfe. Reumann behandelte eingehend den Verlauf der Werftarbeiterbewegung und verteidigte die Maßnahmen des Vorstandes. Dem Holzarbeiterverband, als kleine Minderheit, sei nichts übrig geblieben, als sich der Taktik der Gesamtheit anzuschließen. Der Vorstand habe ebenso wie die übrigen Vorstände die voreilige, weder beschlossene noch genehmigte Arbeitseinstellung verurteilen müssen. Die Frage sei, ob in Zukunft andere Grundzüge bei Lohnkämpfen maßgebend sein sollten, ob nicht mehr der Vorstand, sondern jeder einzelne Streikort oder die streikenden Mitglieder selbst die Leitung der Bewegung haben sollten. Jetzt sei die Zeit, Verständigung zu suchen, damit im Kampf ein jeder an seinem Platze stehe. In der Diskussion wurde an dem Verhalten des Vorstandes von den Vertretern der Werkstoffe heftige Kritik geübt. Die Metallarbeiter könnten nicht allein ausschlaggebend sein, denn die übrigen Organisierten anderer Berufe bildeten auf den Werften 85 Prozent. Besonders die Art der Arbeitseinstellung habe eine tiefe Erbitterung bei den Werftarbeitern hinterlassen. Gegen die von den Unternehmern künstlich hervorgerufenen Schwierigkeiten bei der Wiedereinstellung hätten die Vorstände energischer auftreten müssen, wobei sie die öffentliche Meinung für sich gehabt hätten. Die Vorstände hätten die bekannte Erklärung nicht veröffentlicht dürfen. Dagegen wurde von anderen Rednern geltend gemacht, daß die Vorstände von allen Seiten angegriffen seien und sich wehren mußten. Der Vorstand habe leider ohne Erfolg versucht, die erbitternde Art der Wiedereinstellung zu vermeiden. Den Werftarbeitern würde der Ausbruch um wenige Tage nicht geschadet haben, wenn sie die Antwort auf das letzte Schreiben der Vorstände abgewartet hätten. Sie hätten die Vorstände nicht im Stich lassen und alle Vorbereitungen durchkreuzen dürfen. Die Verweigerung der Unterstützung bei nicht genehmigten Streiks sei verständlich und komme öfter vor. Der Vertreter des Hauptvorstandes ging in seinem Schlußwort auf die erhobenen Einwände ein und schilderte den Verlauf der Bewegung an den einzelnen Orten. Die Anträge, die auf eine Veränderung des Statuts abzielen, wurden bis auf einen Antrag von Bremen abgelehnt. Der angenommene Antrag lautet: „Dem Beauftragten des Vorstandes ist in Abwesenheit desselben auch der Gauvorsitzende gleich zu crachten. Dem Vorstand obliegt die Pflicht, die Weiterführung einer ordnungsgemäß eingeleiteten Lohnbewegung aus den Mitteln der Hauptkasse zu unterstützen. Streikende, welche sich den Anordnungen des Vorstandes oder seines Beauftragten nicht fügen, kann die Unterstützung verweigert oder entzogen werden. Diese Anordnung tritt nur in Kraft, wenn große Verluste gegen die Bestimmungen des Statuts, unrichtige Berichterstattung, zuwiderhandelnde Bestimmungen oder lässige Handhabung der Streikführung und sonstige notwendige Geschäfte bei einer Lohnbewegung nachgewiesen werden. Vor Inkrafttreten dieser Anordnung hat seitens des Vorstandes eine Verwarnung und Unterjochung zu erfolgen.“ Diesen Wortlaut ließ der Schluß des Paragraphen 50 des Statuts haben. Angenommen werden darauf noch drei Resolutionen. Eine mißbilligt die Maßnahmen des Hauptvorstandes und protestiert gegen die Entziehung der Streikunterstützung, wodurch die Mitglieder zur Benutzung der Unternehmensnachweise gezwungen wurden. Eine zweite wünscht, daß der Werfstreit auf dem Verbandstag gesondert behandelt werde und schlägt als Korreferenten Dammert-Bremen vor. Eine dritte verlangt die Kundschreiben der Zentralwerftkommission für alle Ortsverwaltungen, damit Arbeitslose, wie sie beim letzten Kampf zutage getreten seien, verhindert würden. Zum Schluß wurden die sonstigen Anträge zum Statut und an den Verbandstag verhandelt. Die angenommenen Anträge sind ohne erhebliche Bedeutung. Mit der Erweiterung der Bezugsdauer bei der Arbeitslosenunterstützung um acht Tage, wie sie der Verbandsvorstand vorschlägt, war der Gantag einverstand.

Angst vor der roten Woche in einer Heilanstalt! Etwas Sonderbares wird aus der Heilanstalt St. Andreasberg im Harz berichtet. Danach ist dort am Sonnabend, 7. März, nach dem Mittagessen der Inspektor der Anstalt mit einem Affenstüß in Speisesaal erschienen und hat daraus eine Verfügung der Landesversicherungsanstalt Lübeck verlesen, worin die Patienten der Anstalt nachdrücklich auf den Paragraphen der Hausordnung hingewiesen wurden, der jegliches Politisieren verbietet. Das wurde den Patienten im Hinblick auf die rote Woche besonders eingehend. Jegliche Zusammenrottung, das Bilden von Gruppen, auch das Tragen von Abzeichen usw. seien verboten. Zuwiderhandlungen würden, gleichviel wie hoch sich die Zahl der dabei betroffenen Patienten belaufe, mit sofortiger Entlassung aus der Anstalt bestraft.

Wir haben immer geglaubt, die Heilanstalten seien dazu da, die Kranken in bagillischer Luft von ihrem Leiden zu luterieren. In Andreasberg scheint aber der Sozialistenfurcht-bazillus ganz verheerend zu wirken. Das Allerbedenklichste aber ist, daß dieser gefährliche Bazillus von der Landesversicherungsanstalt dorthin verpflanzt worden ist. Die sollte doch besseres zu tun haben.

Die Ausgestaltung des Platzes am Holstentor ist eine Angelegenheit, die alle Lübecker, also auch die Arbeiter, angeht, denn wer möchte nicht unser prächtiges altes Stadtbild erhalten wissen und das neue Lübeck so schön wie möglich wünschen. Von diesem Standpunkt aus interessiert auch uns das geplante sogenannte Kaiser-Wilhelm-Volkshaus, dessen Bauformen und ganze Anlage für die künftige Platzgestaltung, ja sogar für die Gestaltung des alten Wahrzeichens unserer Stadt, der Holstentürme, von größter Bedeutung ist. In der bürgerlichen Presse ist wegen des Wettbewerbes für das „Volkshaus“ und die zukünftige Gestaltung des Holstentorplatzes eine ganze Flut von Dinte über das Papier gelaufen, ohne daß etwas Bemerkenswertes dabei herausgekommen wäre. In ihrer letzten Nummer bringt die in Hamburg erscheinende „Baueuropa“, Wochenschrift für Architektur und Bauwesen, Städtebau und Raumkunst einen sehr interessanten, mit Abbildungen und Plänen aus dem Wettbewerb versehenen Artikel von Architekt Dr.-Ing. Koch-Hamburg, der nach einer eingehenden Kritik zu dem Schluß kommt, daß der Wettbewerb zu einem reifen Ausfüllungsprojekt nicht geführt hat und daß es deshalb notwendig sei, nochmals in eine Prüfung der Bauaufgabe ein-

zutreten. Diese Meinung teilen wir ebenfalls. Bemerkenswert ist auch, daß sich in der „Baueuropa“ eine ganze Anzahl Baumeister und Kunstverständliche gegen jede Veränderung des Holstentores mit wertvollen Darlegungen aussprechen. Unser Standpunkt deckt sich damit.

Die Gewerkekammer und der Verein gewerblicher Lehrlinge. Am Mittwochabend wollte die Gewerkekammer im Verein mit den Innungsmeistern den Eltern Rat erteilen, welchen Handweg sie ihre Kinder zu Otern zuführen sollen. Sie kam aber zu spät, denn die paar Interessierten hatten für ihre Jungen bereits ein Handwerk ausgesucht. Die Industriekerkuten sind ja halb vergiffen und billige Arbeitskräfte finden eher Arbeit als die Ausgelernten und älteren, denn trotz Fammers über vermehrte Geburtenzahl liegen soviel tüchtige Arbeitskräfte brach, daß die Auslichten in allen Berufen nur trübe sind. Die überall einbreitende verbesserte Maschinentechnik verringert das Arbeitsheer ebenfalls nicht. War nun der Zweck dieser an sich nicht uninteressanten Belehrung verfehlt, so griff der angehängte Widerhaken umso fester in die Angeln: wir meinen die Propaganda für den Verein gewerblicher Lehrlinge, den die Herren Wickers und Direktor Jensen als Himmel für den gewerblichen Nachwuchs priesen und die Innungsmeister hüten, ihre Lehrlinge dorthin zu schicken. In diesem Verein soll zwar keine politische Beeinflussung der Jugend vor sich gehen, aber der nationale Boden und das Bewußtsein, Deutsche zu heißen, werde bei der „Ertüchtigung“ nicht vergessen. Konfessionelle Unterschiede sollen nicht hervorgehoben werden; aber das Religiöse werde, ohne es besonders zu betonen, ebenfalls die Erziehungs-Grundlage bilden. Direktor Jensen insbesondere wies auf die beabsichtigte Jugendpflege in der Gewerbeschule, den Volks- und Mittelschulen hin, die sich auch auf die Fach-, Fortbildungs- und Handwerkerschulen erstrecken soll und auf die vorgehenden Gesamtmittel zu diesem Zwecke. Notwendig sei dies alles zur Ertüchtigung der Jugend und für die Wehrkraft des Volkes. Dieser sogenannte nationale Hintergrund der zwanjlosen Jugendzusammenkünfte ist natürlich die Hauptsache, die ganze Restame dafür nur ein Streich gegen die proletarische Jugendbewegung. Denn die Lichtbildvorträge aus dem südwestafrikanischen Kriege, die der Marinestabsarzt Dr. Hansen hielt, und weiter halten will, werden gewiß nicht dazu dienen sollen, der empfänglichen Jugend Grauen vor den Schrecken des Krieges beizubringen. Die wiederholt betonte partei-, konfessions- und zwanjlose Ertüchtigung darf aber die Arbeiterkern nicht abhalten, ihre Kinder dorthin zu schicken, wohin sie gehören, in die proletarische Jugendbewegung. Mit dem Lehrvertrag begeben sie sich noch lange nicht des Rechtes, die freie Zeit ihrer Kinder so anzuwenden, daß dies im späteren Leben wissen, wozu sie gehören. Wächtersfallung in der Lehre, freie Bewegung außerhalb dieser. Und damit basta! für die Innungsmeister.

b. Schöffengericht am 12. März. Der verschwundene Dienerkorb. In Kattorf mußte der Gärtner F. Gaabarbeiten verrichten, wobei ihm ein Dienerkorb im Wege war. Da er selbst Zinker ist, nahm er einen Korb mit dem schlafenden Volk unter Arm und verkehrte seinen Dienerkorb auf billige Weise. Dieses unrechtmäßige Unterwerfen fremder Völker wird mit 14 Tagen Gefängnis bestraft. — Staatliche Ermunterung. Für die Geburtenvermehrung. Mutterfreunden bedeuten in unserem astetischen Zeitalter auf Staatsfreuden, und mancher Staatsfreund zerbricht sich den Kopf, wie dem hereinbrechen. Unheil für das deutsche Volk abgeholfen werden kann. Es gibt überall praktische Menschen, die den Schmerz verstehen, doch vergessen viele davon später, den Spatz für Ernst zu nehmen und überlassen der Mutter die Sorgen. Ist diese durch mageren Verdienst nicht in der Lage, genügend für den Nachwuchs zu sorgen, kommt wieder der verlangende Staat und macht ernst mit seiner Forderung, da es wohl sein gutes Recht ist, Volksvermehrung zu fordern, Pflicht aber von Vater und Mutter, die Lasten zu übernehmen. Die Arbeiterin B. hatte dreimal dem Staate ausgeholfen, doch da sich die Väter drückten, war die Last für sie zu groß, weshalb die Armenbehörde einprang. Als die Mutter nach längerer Krankheit wieder in Stellung war und den Auforderungen der Armenbehörde, für die Kinder etwas zu zahlen nicht nachkam, wurde sie in eine stägige Haftstrafe genommen. Dagegen legte sie Berufung ein mit dem Erfolg, daß die Strafe auf 5 Tage ermäßigt wurde. Vielleicht läßt das Mädchen ihre Söhne Offizier werden, dann sorgt vom 6. Jahre ab der Staat gänzlich für die Erziehung. — Vom Ueberfluß eines Mitgliedes des hohen Senats nahm eine Waise, die in dessen Haushalt beschäftigt wurde, 1 Paket Persil, Kern- und grüne Seife, sowie ein Taschentuch mit. Das macht zusammen wegen Entwendung in ideellem Zusammenhang mit Diebstahl 2 Tage Gefängnis, die wohl durch einen Gnadenstoß ausgelöscht werden. — Mit acht goldenen Messinguhren handelte der Meister R. ohne Gewerbeschein. Er kaufte sich blankgeputzte alte Chronometer in einem „Spezialgeschäft“ zusammen, und schickte auch dort schon ein gutes Drittel ab. Einem Güterbodenarbeiter bot R. so ein Kunstwert für 38 Mark an, wäre aber auch mit 8 Mark und der silbernen Glocke des anderen zufrieden gewesen. Dem Arbeiter gefiel das „goldene“ Werk, er hatte jedoch nicht genügend Geld in der Tasche. Als R. wiederkam, wurde er verhaftet. Wegen Betrugsversuch werden 10 Tage Gefängnis und wegen Gewerbesvergehen 10 Mk. Geldstrafe oder 2 Tage Haft ausgesprochen, die durch die Unterjochung verbüßt sind. — Eine teure Anrempelle! Angenehm ist es für friedliche Nachzügler nicht, wenn sie auf dem Heimwege von wildfremden Menschen angeekelt werden. Liebespärchen können so etwas überhaupt nicht vertragen. Der jugendliche Kellner H. beschäftigte des Morgens um 4 Uhr ständig die des Wegs Dahingehenden und schlug auch mit dem Spazierstock auf den Begleiter der Dame ein. Wegen Körperverletzung angeklagt, wird er zu 100 Mark Geldstrafe oder 20 Tagen Gefängnis verurteilt. Beauftragt waren 6 Wochen Gefängnis.

Strandung eines Lübecker Dampfers in der Kieler Außenförde. In der Nacht vom Montag auf Dienstag geriet bei dem zu der Zeit herrschenden Schneetreiben der vom Kanal gekommene Dampfer „Herbert Horn“ unter Jägersberg auf Grund. Das mit 2000 Tons Erz befrachtete Schiff geriet so fest, daß es den zur Hilfe hingelandten Schleppern „Bilf“, „Stein“ und „Labeo“ der Neuen Dampfer-Compagnie trotz vereinter Kraft nicht gelang, es wieder abzubringen. Es wurden darauf Prämie und Mannschaften der Firma Gebrüder Hms nach dem gestrandeten Schiff beordert, um dieses zu leichtern. Bevor diese jedoch in Tätigkeit treten konnten, stieg der Wasserstand in kurzer Zeit so stark, daß der Dampfer von selbst wieder flott wurde. Der Dampfer ging sodann nach Holtkenau. Dort soll er durch Taucher untersucht werden. Allem Anschein nach hat er beim Aufliegen ein Led am Boden bekommen. Der „Herbert Horn“ gehört der Reederei Horn in Schleswig und Lübeck. Das vom Mittelmeer kommende Schiff ist nach Stettin bestimmt.

Automobil-Verbindung Lübeck-Sandeshöben. Einem mehrfach ausgesprochenen Wunsche nachkommend, hat sich die Leitung veranlaßt gesehen, bis auf weiteres die letzte

Abfahrt ab Lübeck des Sonntags auf 11 1/2 Uhr abends zu verlegen, statt wie bisher 8 Uhr abends. Es darf diese Neuvering mit Freude begrüßt werden, da sie den Anwohnern der diese Linie berührenden Ortschaften Gelegenheit bietet, nach Schluß der Theater und Konzerte die Rückfahrt anzutreten.

ph. Eigentumsvergehen. Am Sonntag, dem 8. d. M., sind aus einem Neubau in der Wettinerstraße 4 gebrauchte Bretter von 4 Meter Länge und 12 Zentimeter Breite, sowie eine 4 Meter lange und 3 Zentimeter breite Werkplatte abhanden gekommen und vermutlich gestohlen worden.

Neues Stadttheater. Man schreibt uns: über den 4. Lustspiel-Zyklus-Abend, morgen, der zwei der beliebtesten Stücke Goldonis bringt, ist schon Ausführlcheres gesagt worden. Wir wollen uns heute darum mit einem noch-maligen Hinweis auf den sehr interessanten Abend beschränken und in der Hauptfrage auf die Wiederaufnahme des „Gamer“ für kommenden Sonnabend hindeuten. Wie schon erzählt bei den ersten Aufführungen dieses Werkes des großen Briten wird auch diesmal Herr Amtsrichter Dr. Leberkuhn (dessen Bearbeitung der Aufführung zugrunde liegt) im Anschluß an einige höchst charakteristische Auserzungen Goethes, einleitende Worte sprechen. Am Freitag gehen unter der musikalischen Leitung Carl Pfeiffers „Die Meistersinger von Nürnberg“ zum letzten Male in Szene. Der Anfang ist für Donnerstag und Sonnabend auf 8 Uhr angesetzt, für Freitag, der auswärtigen Besucher und der langen Spieldauer wegen auf 6 1/2 Uhr.

Deffentliche Trinterfürjorgestelle Lübeck, Parade 1 (Schloß Raugau). Nächste Sprechstunde am Freitag, dem 13. d. M., abends 6 bis 7 Uhr.

Hamburg. Todessturz vom Treppengeländer. Nicht scharf genug können die Kinder vor der gefährlichen Unfälle, auf den Treppengeländern hinabzurutschen, verwahrt werden. Jetzt ist wieder bei dieser Unfälle ein Kind ums Leben gekommen. Beim Hinabrutschen auf dem Treppengeländer im Hause Gothenstraße 6 stürzte die neun-jährige Tochter Frieda des im zweiten Stockwerk wohnenden Leptiers Dänie übers Geländer in die Tiefe. Das Kind erlitt einen Schädelbruch und starb, ohne das Bewußtsein wiedererlangt zu haben, bald nach der Einkieferung ins Krankenhaus.

Hamburg. Die Bürger-schaj setzte am Freitag die Budgetberatung fort und förderte diese soweit, daß alle Einnahmen bewilligt wurden. Sehr scharfe Kritik wurde an dem Geharen der Hochbahn und Straßenbahn geübt, die nur das Interesse ihrer Aktionäre wahrnehmen. Die Einkommensteuer mit 7 1/2 Einheiten ist ohne Debatte bewilligt worden. Die Luftbarkeitssteuer, deren Beseitigung schon oft gefordert wurde, erweist sich immer mehr als ein arger Mißgriff; sie schädigt erst die Bildungsinstitute und fördert die Vergnügungen niedrigerer Art. Ihre Abschaffung ist daher dringend geboten. Genosse Krause trat für die Aufhebung des Schulgeldes ein, von der der Senat und die Mehrheit der Bürger-schaj sich leider immer noch nicht verstehen wollen. Wie der „Mater Staat“, in Hamburg die Finanzdeputation, die Arbeitslosigkeit bekämpft, das zeigte Genosse Hüffmeier an einem treffenden Beispiel. Beim Bau einer Gasanstalt hat man zugunsten eines lohnbrückenden Unternehmers hiesigen Maurern lohnende Arbeit entzogen und dadurch die große Arbeitslosigkeit noch vermehrt. In späterer Stunde glückte es noch dem Genosse Paepow, die Aufmerksamkeit des Hauses und des Senatskommissars auf die unhaltbaren Zustände in den Abbruchvierteln zu lenken. Der Baupolizei wurde der Vorwurf gemacht, daß sie ihre Pflicht veräume und dadurch die Unfallsgefahr erheblich steigere.

Hamburg. Glänzende Schiffsahrtsgewinne. Der im Jahre 1913 erzielte Ueberfluß der Kosmos-Linie betrug 8,2 Millionen Mark und ist um 1,9 Millionen Mark höher als im Vorjahr, das nur eine Steigerung des Ueberflusses um 0,9 Millionen Mark aufwies. Die Abschreibungen, die auf 3,155 Millionen Mark bemessen werden, sind um 2 Millionen höher als im Vorjahr. Nach der Gewinn- und Verlustrechnung beträgt der Betriebsgewinn 7 768 258 Mark (Vorjahr 5 995 522), dazu Zinsen 966 137 Mark (768 796), davon gehen ab: Unkosten, Steuern und Zinsen 513 049 Mark (419 469), so daß ein Ueberfluß verbleibt von 8 221 346 Mk. (6 264 848), davon entfallen auf Abschreibungen 5 154 901 Mark (3 138 081), das Konkurrenz-Konto erhält 500 000 Mk. (500 000), das Konto für schwedende Hanarien (400 000 Mk.), die Dividende von 16 Prozent erfordert 2 240 000 Mark (14 % 1 960 000), die Lantime beträgt 361 160 Mk. (330 618), zum Vortrag bleiben 25 221 Mk. (59 936).

Altona. Ein Kind verbrannt. In Abwesenheit seiner Mutter hatte gestern mittag der dreijährige Sohn der Eheleute Dreher in der Großen Schmiedestraße 9, Haus 3, mit seinen beiden Geschwistern im Alter von 4 und 2 Jahren mit Streichhölzern gespielt, wobei er einem Kinderwagen, in dem seine 6 Monate alte Schwester lag, zu nahe kam, der Feuer fing. Nachbarn wurden erst durch den Brandgeruch auf das Feuer aufmerksam, sie drangen in die Wohnung, doch war die Kleine bereits ihren Brandwunden erlegen. Die hinzuge-rufenen Feuerwehr besichtigte den Zimmerbrand. Die übrigen Kinder sind unverseht geblieben.

Saderleben. Seine Frau erwürgt. Der „Grenzpost“ zufolge hat der Postbote Sierk in Sierkrow seine Frau erwürgt und die Leiche dann aufgehängt. Er wurde verhaftet. Er hat ein teilweises Geständnis abgelegt. — Grobfeuer. Das Mann-Panzenische Gewese in Weddolden ist niedergebrannt.

Kuzhaven. Der Raubmörder von Reepsholt ermittelt. Der vor einigen Wochen in Kuzhaven verhaftete Kirchenräuber, der sich Leo Rardin nannte, ist durch die Hamburger Polizei überführt worden, in der Nacht zum 2. Januar dieses Jahres den Pastor Loets in Reepsholt, der ihn bei einem Kirchenraub überfallen, erschossen zu haben. Sein richtiger Name ist Ernst Saale. Er ist vielmals mit Gefängnis und Zuchthaus vorbestraft und hat außerdem noch eine Zuchthausstrafe von 7 1/2 Jahren zu verbüßen.

Sprechsaal.

(Für den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.)

Ein Wunsch an die Straßenbahnhöbe.

Der erste Frühwagen auf Linie 3, der 5.24 Uhr von Markt abgelassen wird, ist häufig berart besetzt, daß in der Stadt Fahrgäste, die zur Arbeit wollen, nicht befördert werden können. Dadurch kommen diese Arbeiter zu spät zur Arbeit und haben deshalb mancherlei Unannehmlichkeiten. Wir ersuchen die Straßenbahnhöbe, diesem Mißstand dadurch abzuhelfen, daß diesem Frühwagen ein Anhängewagen beigegeben wird. Mehrere Fahrgäste.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwig, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling. Verleger: F. H. Schmarz, Druck: Friedrich Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Lübeck
Hrbergs Hannoversche
 Wurst- u. Aufschnittwar.
 Hglichtstr. Fleischb. 17 Fernspr. 2698
Stroh- und Filzputzfabrik Bertrand
 Hinter St. Petri 9
 Waschen, Färben und Umpressen
 nach den neuesten Formen.

Fr. Bibow, Engelsgrube 57
 Salzheringe aller Art.
 Fischkonserven en-gros. Tel. 908.
L. Christiansen Wahnstr. 40
 Fernruf 2418
 Flurgarderoben, Spiegel, Luxus- u.
 Gebrauchs Möbel. Eig. Möbelschl.

Herm. Dose, Hundestr. 62
 Roßschlächtere
 Spezialität: Feine Wurstwaren.
Hamburger Kaffee-Lager
 Holstenstraße 10.

Meumann & Erdmann
 Breite Str. 53, Kontor-Bedarfsartikel,
 Cassinial-Schreibmasch. Rep.-Werkstatt.
Franz Scheffler jr., Becker-
 grube 60.
 Tel. 2022. Sollermeister Tel. 2022.
 Spezialität: Angelgeräte.

Ludwig Schüller
 Beckergrube 24 u. Telefon 72
 Luxusfuhrwerk, Automobilver-
 mietung, Tag u. Nacht geöffnet.
Heinrich Telenitz
 Königstr. 22 - Ecke Pfeffenstr.
 Wäsche u. Aussteuerart. aller Art.

H. Hann Gr. Burgstr. 33
 Photograph. Atelier.
W. Krahn Königstr. 43
 Butter, Milch.
 Fisch- und Fettwarenhandlung
 H. Robbach, Fackenburg, Allee 19 b

H. Köhling Königstraße 121
 Angelgeräte und Netze.
Carl Schmoor Wickedeestr. 14.
 Fischhandlung

Arbeiter-Artik.
 Manufakturw.
Otto Albers
 Markt 4 Kohlmarkt 10
 Viel benutzte Bezugsquelle für
 Manufakturwaren und
 Garderoben aller Art

Johann Dittmer Drogenstr. 12a
 Ecke Warend Str.
 Manufakturwaren - Konfektion
 Bettfedern-Reinigungsanstalt
Arbeiter- und
Berufskleidg.

J. H. Pein
 am Markt
 Herren- und Damen-
 Garderobe.
 Berufskleidung.
 Hüte und Hützen.

Bäckereien
E. Dose, Engelsgrube 54.
Nicolaus Groth Fein-Gröbäckerei
 - Alfstr. 32. -
Richard Bastian, Kl. Allee 17

P. Johannsen Konditorei
 Fleischb. 17 Fernspr. 2698
H. Bengelsdorf Dankwartsgrube 41
 Eisk. u. Eisb. st. f. isl. frische Pack.

Betten-Geschäft
 Pauline Karstadt
Carl Karstadt's Ww.
 Holstenstraße 19
 Erstes Spezialhaus am Platze.

Blumen u. Kränze
Robert Mißling
 Breitestr. 55, Ecke Johannistr.
 Blumenbinderei u. Pflanzenhandl.

Wiese, Pfaffenstr. Kränze
Gesundheitsbrot
 Verlangt
Simonsbrot
 Vollkornbrot u. reinem Roggen
 Mehl mit Leinöl
 - ärztlich empfohlen -
 erhältlich in 29 Niederlagen.

Herrenartikel
Heinrich Waller Breite
 Str. 52.
 Spez.-Geschäft in Handschuhen
 u. Krawatten, Herren-Wäsche.
Ernst Wehde
 Beckergrube 33
 Hüte, Kägen.

Trieken
Hartwig's "ideal"
 Sie Kaffee
 er schmeckt vorzüglich
 Preisliste 1.30 bis 2.- Mk., besonders kräftig Pfd. 1.50 Mk.

Brauereien
Trinkt
Adler-Biere

Trinkt
Lübecker
Vereins-
Bräu

Trinkt
Kieler Schloßbräu
 Vertret. für Lübeck u. Umgegend.
 Fr. Kropf, Glockengießerstraße 87.

Ratzeburger
Aktien-
Brauerei

Trinkt
Schloßbräu

Brot-Fabrik
Lübecker Central-Brotfabrik
 Rich. Spangenberg & Co., G. m. b. H.
 Lindenstr. 20-22 Fernruf 268.
 Auf je 10 Pfg. 8 Baismarken

Butter und Margarine
C. Schepler
 Pfaffenstraße 2
 erstes Spezialhaus für
 Butter
 Eier - Margarine
 Verlang. Sie ausdrücklich
 Siegerin
 Mohra
 Palmato
 die
 Elite - Margarine-
 Marken

Drogen u. Farben
Drogen. Farben
 Ferd. Kayser

Eisenwaren
 u. Werkzeuge
Rob. Koosmann
 Beckergrube 34, Tel. 1210
 Werkzeuge für sämtliche Gewerbe.
 Spezialität: Töpfer-
 und Fliesenansetzer-Werkzeuge.

Franz Genzmer
 Fackenburg Allee 10 b
 Fernsprecher 1031.

Emil Seidel & Co.
 Burgstraße 40, Baubeschläge,
 Glas, Herde, Werkzeuge.

Färberei,
Chem. Reinigung
Alw. Karstadt
 : Annahmestellen :
 in allen Stadtteilen
 Telefon 313 • Telefon 313

Färber
Lehfeldt
 Johannisstraße 70
 reinigt und bügelt
 Herren - Garderoben.

Garten-
Sämereien
Friedrich Michael
 Breitestraße 49

Hüte und Mützen
Hut-Fabrik
 Adolph Elshager, Wahnstr. 9
 Jos. Tralow, Wahnstr. 11
 Inh. Ferd. Kaufeld.
 Verfertigt v. Cylinder- u. Klapphüt.
Ed. Hirsekorn
 : Sandstraße 20 :

Praktischer Wegweiser
 Erscheint einmal empfehlenswerter Zur Beachtung
 wöchentlich • Geschäfte • empfohlen

Unger & v. Deesen
 Sandstr. 20, I. Etage Westfälisches Leinwandhaus Sandstr. 20, I. Etage
 die billigsten am Platze.

Spezial-Butter- und Margarine-Haus.
Fr. Warnecke
 Breitestraße 1-5.

Chem. Reinigung-
u. Bügelanstalt
J. Brauner, Schneidermeister
 Wahnstraße 71
 Änderung u. Reparaturen billigst

Cigarrenhdlg.
Hermann Kersten
 Huxstraße 8.
 Hamb. Regatta 45 Pfg., 10 St. 48 Pfg.

Hermann Wieghorst
 Am Markt • • • Neben der Post
 Ecke weit. Krambuden.
W. Bahrdt, Huxstraße 104.

Ludw. Beth, Untertrove 6.
M. Förster, Huxstr. 38.
Carl Hasse Dankwarte-
 grube 44.

J. Möller, St. Annenstr. 19.
E. Palow Ecke Engelswisch-
 Alleeide.
Adolf Röhrich Holstenstr. 2
 Ecke Schüsselbud.
Otto Schlamm, Königstr. 48 b.

Fleisch- und
Wurstwaren
Ch. Hamann
 Schlächtere
 Markt 7 Kohlmarkt 4
 Telefon 8925.

Herm. Miljes
 Schüsselbuden Nr. 39
W. Pätow
 Dankwarte-grube 45.

Herm. Spangenberg
 Schlächtere und Wurstfabrik
 - Schwartauer-Allee 59 -
Heinrich Kronsbein
 Travellmannstraße 24/23
 - Hausstraße 95. -
J. Naabe, Rosenstraße 31.

Fuhrwesen und
Möbeltransport
H.F. Meiners
 Dankwarte-grube 57/59
 Möbeltransport und Lagerung
 Equipagen für jede Gelegenheit
Automobile, Taxameter
 Tag und Nacht Betrieb
 Telefon Nr. 809.

Garten-
Sämereien
Friedrich Michael
 Breitestraße 49

Hüte und Mützen
Hut-Fabrik
 Adolph Elshager, Wahnstr. 9
 Jos. Tralow, Wahnstr. 11
 Inh. Ferd. Kaufeld.
 Verfertigt v. Cylinder- u. Klapphüt.
Ed. Hirsekorn
 : Sandstraße 20 :

Gummiwaren
Wilh. A. C. Wessell
 Breitestraße 58 a
 Dauerwäsche - - Wachstuche
 Artikel für Krankenpflege.

Hauseinrichtung.
H. Pagels
 Breitestraße 91/93, Huxstraße 6/14.
 Größte Auswahl in Hausstands-
 sachen, Ofen, Herde, Gaskocher,
 Gruden, Wandplatten, Spielwaren.

Honig
Bienenfleiss
 Deutscher
 Naturhonig u. Raffinade
 Erhältlich in allen
 Nahrungsmittelgeschäften
Karl Häuer & Co. Lübeck

Kolonialwaren
 u. Kaffeeröst.
Fritz Kruse
 Inhaber: Paul W. Pöttger
 Schüsselbuden 22, Fernspr. 569
 Kolonialwaren - Versandhaus
 Spezialität: Kaffee
 in sämtlichen Preislagen.

Carl Fr. Timm Nachf.
 Glockengießerstr. 16. Teleph. 2414
 Größtes
 Geschäft der Lebensmittelbranche.
 Butter, Konserven, Mühlenfabrikat.
 Gr. Konsum. Kl. Preise.
Heinr. Beckmann, Engelsgrube 51.
Carl Hering, Aegidienstr. 37.

Korbwaren
Karl Schulmerich, Mühlensl. 28
 Tel. 2052 Korbwaren Tel. 2052
 Spz. Kinderwagen u. Korbmöbel

Lederhandlung
Johs. Goldt
 Dankwarte-grube 60.
 Lederhdl. u. Schuhmach.-Bed.-Art.
Heinr. Schlüter
 -Schilde-rausschnitt-
 Glentorpstraße 7.

Lichtspiele
Neues
Lichtspiel-Theater
 Breitestr. 13 neben Hansa-Café
 Größtes, am besten ventiliertes
 u. der Neuzeit entsprechendes
 Lichtspiel-Etablissement.

Möbelmagazine
Hintze & Stech
 Moislinger Allee 69
 : Telefon 1108 :
 Detail-Verkauf in der Fabrik
 - gegen Barzahlung -
Herm. Rist Rande-
 Str. 13.
 billigste Bezugsquelle
 Eig. Tischler- u. Tapezierwkt.

Kenner bevorzugen
das gute Lübecker
Bürgerbräu
Aktienbierbrauerei Lübeck

Maßgeschäfte
 für Herrenmoden
T. K. Robbran
 Königstraße 74
 Modern. Herrengarderob. n. Maß
Fr. Müller Inh. Ad. Fink, Maries-
 grube 31/33, Herrenm.

Meierei
HANSA-MEIEREI
 Lübecks Amme
 Milch u. Milchprodukte
 in anerkannt bester Qualität

Mineralwasser
 u. Spirituosen
J. C. Wessel
 Gr. Gröpelgrube 21-23 Tel. 760.
 Verlangen Sie
Bunte Kuh-Kümmel

Johs. Fischer
 Heinrich Holldorf's Nachfolger.
 Gr. Burgstraße 17.
F. HÖPPNER
 Alfstraße 11
 Teleph. 2135

Mineralwasser-
Fabriken
 Spezialfabrik nur alkoholf. Ge-
 tränke, Sauerbrunnen, Limonaden
Dr. G. Nickell
 Wakenitzstr. 8, Fernsprecher 1070.

Musikinstrum.
Louis Rowedder
 49 nur Huxstraße 49
 Piano-Hausmann Johannisstr. 14.
 Billigste Preise.

Obst und Gemüse
Heinrich Warnecke
 Königstraße 64.
 Kartoffeln - Obst - Gemüse

Photographien
Photogr. Atelier
 „Hansa“
 G. m. b. H.
 vormals Samson & Co.
 Lübeck, Breitestr. 39.

Restaurants
 Restaur. Zum Goldenen Fass
 und Central-Herberge
 C. Schroeder, Lederstraße 3.
 Robert Müller Restaurant
 Moislinger Allee 57 a
H. Noppan, Fackenburg Allee 76

Tapeten, Teppich.
Schwane & Heedien
 Königstraße 69
 Möbelstoffe : : :
 : : : Gardinen

Thüringer
Wurstfabrik
 Ihre Fabrikate empfiehlt
 angelegentlich die
Thüringer Wurst- und Fleisch-
Konserven-Fabrik
August Scheere, Lübeck
 Beim Retteich 14
 Auf sämtl. Waren 4% Rabatt

Theater
 Besucht das
Variété International
 Untertrave 68.

Treibriemen u.
Sattlerwaren
H. Köppke & Eggers
 Lager v. Fahr- u. Reitgeschirr
 Reise-Utensilien, Schuhmapp.
 Taschen, Portemonnaies etc.
 Huxstraße 19.

Uhren- und
Goldwaren
Jonass & Co.
 BERLIN S.W. 309
 Teilzahlung
 Kataloge
 gratis u. franko.

Ludwig Zander
 Goldschmied • • • Mariesgrube 3
 Uhrhandlung, Kopar-
 Werkst. Glockeng. St. 87.
A. Matern Beckergrube 20
 Schweizer Uhren.
Gust. Richter Reparaturen gut
 Wakenitzmüer 64

Weine
 Rot-, Weiss- und Südwine
 vorteilhaft bei
Kniep & Bartels.
J. H. Stooss
 Engelsgrube 41/3
 Weine - Liköre.

Waschanstalt
 Lübecker Fein- u. Hauswäscher
 L. Redden, Schützenstraße 48 a.

Mölin
 Brauerei zum Kulenspiegel
 Gebr. Waechter.
Wilh. Lübcke
 Restaurant Lübecker Hof
 Klub- und Balllokal, Kegelbahn.
H. Bruns Tabak, Zigarren,
 Zigaretten, Bahnhofstr. 13

Schlutup
 Gasth. Post H. Vetter
 Empfehlensw. Lokal.

Eutin
Adler-Drogerie Inh. N. Wohlert
 Flönerstr. 28.
 Drogen, Farben, Photo-Artikel,
 Artikel z. Kinder- u. Krankenpflege
Rob. Bendt Beste u. billig. Bezugs-
 quelle in Schuhwaren.

Schwartau
L. Schaap
 Manufakturwaren und Konfektion
 Aussteuerartikel, Nähmaschinen.
Adler-Drogerie Hans Grapp
 Farb., Kräftigen.
H. Timm Tabak- und
 Cigarrenfabrik.

Stockelsdorf-
Fackenburg
 C. Freese Fahrräder, Nähmaschin.
 und Reparaturwerkst.
H. Sperling Binderei,
 Topfpflanzen etc.
H. Junk Schuhwaren und
 Reparatur-Werkstatt.
G. Wackend., Sargmagazin.

Buchdruckerei Friedr. Meyer & Co., Johannisstr.
 empfiehlt sich zur
Anfertigung von Drucksachen aller Art in moderner, geschmackvoller Ausführung.

Ein Mahnwort zur roten Woche!

Ich will Euch ein einfaches und leichtes Mittel angeben, unsere Zahl in kürzester Frist noch zu verhundertfachen: Jeder einzelne von Euch muß es sich zum Ge- setze machen, in jeder Woche, was ihm nicht schwer werden kann, mindestens ein bis zwei Mit- glieder dem Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein zu gewinnen und jede Woche für eine verlorene halben, in welcher er sich dieser Pflicht nicht entledigt hat.

Ferdinand Cassalle.

Parteigenossen u. Genossinnen! Beherzigt in der roten Woche dies Wort unseres kühnen Vorkämpfers! Werbt Abonnenten für den „Lübecker Volksboten“ und Mitglieder für die Partei!

Die spanischen Wahlen.

Am vergangenen Sonntag fanden in Spanien die sogenannten Wahlen zu Cortes statt. Sie haben auf spanisch die klangvolle Bezeichnung „lecciones a dipu- tados a Cortes“. Mit dieser klangvollen Bezeichnung ist eigentlich das Gute an ihnen erschöpft.

Gewiß, auf dem Papiere hat das spanische Volk das allgemeine Wahlrecht. Jeder 25jährige Spanier hat das Recht, zu wählen und gewählt zu werden. Auf 50 000 Einwohner soll ein Abgeordneter kommen, so daß die Cortes aus 404 Abgeordneten besteht. Man sollte glauben, ein solches Wahlrecht müsse notwendigerweise eine freireichliche Entwicklung und Gestaltung des Landes gewährleisten. Und doch ist dem nicht so. Nach wie vor herrscht in Spanien die Paarung von Lamm und Tiger: die katholisch-militaristische Oligarchie. Land und Be- wohner werden dauernd in einem Zustande wirtschaft- licher und politischer Bedeutungslosigkeit erhalten und in Unterdrückung und Indolenz dazu. Daran werden auch die Wahlen von diesem Jahre nichts ändern.

Die Schatzgräber.

Humoristischer See-Roman.
Von W. W. Jacobs.

(26. Fortsetzung.)

Nachdruck verboten.

„Ich kann Ihnen eine Tasse Tee geben, wenn Sie wollen,“ meinte sie fröhlich. „Aber machen Sie, bitte, schleunigst die Tür zu.“

Herr Hagedorn trat ins Zimmer und schloß die Tür mit so großer Schnelligkeit, daß sein Rücken gerade lange genug gewendet war, um einen beglückwünschenden Blick auf das ahnungslose Eichenholz zuzulassen. Er setzte sich an die andere Seite des Feuers und dankte ihr, seine erstarrten Finger an die Glut haltend, herzlich.

„Es ist sehr freundlich von Ihnen“, sagte er, als er ihr seine Tasse abnahm. „Ich war halb erfroren.“

„Ich hätte meinen sollen, daß ein schneller Spaziergang nach Ihrer Wohnung besser für Sie gewesen wäre,“ meinte das junge Mädchen kühl.

Herr Hagedorn schüttelte kummervoll sein Haupt. „Ich würde wahrscheinlich nur lauwarmen Tee bekommen haben, wenn ich dort angekommen wäre,“ entgegnete er. „Keiner kümmert sich ordentlich um mich.“

Er reichte seine Tasse von neuem hin und begann von Schiffschlaufen und anderen der Jahreszeit angemessenen Dingen zu reden. Wie er wärmer wurde, und sein Gesicht seine normale Farbe und seinen gewöhnlichen Ausdruck von Fröhlichkeit wiedergewann, begann Fräulein Kenzows Mit- leid zu verdrauen.

„Fühlen Sie sich jetzt besser?“ begann sie spiß.

„Ein bißchen,“ war die vorsichtige Antwort. Sein Ant- lich nahm einen ängstlichen Ausdruck an, und er sprach von Sätzen, wobei er, um seinen Worten den rechten Nachdruck zu verleihen, leicht auf seine linke Lunge klopfte.

„Hoffentlich werde ich hier nicht krank“, sagte er ernst.

Fräulein Kenzow richtete sich erschrocken auf. „Hoffent- lich nicht“, meinte sie scharf.

„So unbequem“, murmelte er.

„Ganz unmöglich“, sagte Fräulein Kenzow, deren Er- fahrung sie verleitet, ihn zu allem fähig zu halten.

„Ich würde es mir nie verzeihen“, fügte er laut hinzu.

Fräulein Kenzow sah ihn bestürzt an und gab ihm aus freien Stücken eine dritte Tasse Tee und sagte ihm, er dürfe rauchen. Sie fühlte sich sicherer, als sie ihn sich eine Zigarette anzünden sah, und begann, aus Furcht, daß ihr etwas schlim- meres passieren könnte, eine lebenswürdige Unterhaltung.

Dem trotzdem Spanien dieses allgemeine Wahl- recht seit dem Jahre 1890 hat, werden noch immer die meisten Abgeordneten nicht gewählt, sondern ernannt. Eigentliche Wahlen finden nur in Madrid, Bilbao, Bar- celona, Valencia, in den meisten Bezirken der Provinz Catalonien, in einigen der Provinz Asturien und in einigen der baskischen Provinzen statt. Früher war es die Regierung, welche die Stimmen der Wähler einfach kaufte. Als dieses System der Korruption nicht mehr durchführbar war, gab der konservativ-kerikale Mi- nisterpräsident Maura das berühmte Gesetz, wonach die Regierung in den Wahlkreisen, wo nur ein Kandidat aufgestellt ist, diesen Kandidaten einfach als gewählt be- trachtet, ohne daß die Wähler nur zur Abstimmung schreiten. Für die diesmaligen Wahlen kommen allein 93 Wahlkreise in Betracht, deren Abgeordnete die Re- gierung ernannt. Das ist fast ein Viertel der ganzen Cortes. Unter diesen ernannten Abgeordneten befin- den sich natürlich die Söhne, Vettern, Freunde und Handlanger aller in hervorragender Stellung befind- lichen Personen. Diese Clique steht stets auf Seiten der Regierung, denn sie steht und fällt mit ihr.

Die letzte Ursache dieser traurigen Erscheinung im politischen Leben Spaniens ist die systematisch betriebene Verdummung, die der spanische Klerus am Volke mit Unterstützung der Regierung betreiben kann. Dieser Klerus hält die breiten Massen des Volkes in einer In- dolenz gegenüber allen Erscheinungen des wirtschaft- lichen und politischen Lebens. Er richtet das Augenmerk des Volkes auf das „bessere Jenseits“ was ihm — dem Klerus — keineswegs hindert, das Volk durch seine Kloster- und Kirchenfabriken in der schamlosesten Weise auszubeuten.

Dennoch ist für das spanische Proletariat kein Grund zur Verzweiflung. Auch Spanien konnte sich der ökon- omischen Entwicklung nicht entziehen. Das spanische Proletariat, das wie überall, das Gros und den Kern des Volkes darstellt, ist aufgerüttelt worden, zuerst in den größeren Industriezentren, von da erstreckt sich die Aufrüttelung weiter. Durch die ökonomische Entwik- lung des Landes gelangten die spanischen Arbeiter zu- erst zur gewerkschaftlichen Organisation, und da es eine Zeit gab der schlimmsten politischen Unterdrückung, so faßte sich die ganze proletarische Bewegung in den wirtschaftlichen Organisationen zusammen, kam sogar die Anschauung auf, daß nur durch die wirtschaftlichen Organisationen der proletarische Befreiungskampf ge- führt werden könne. Doch die spanischen Arbeiter muß- ten einsehen, daß ihre wirtschaftliche Aktion den rohesten Unterdrückungsmaßnahmen der Regierung unterliege, wenn es ihnen nicht gelänge, politischen Einfluß zu ge- winnen. So erwacht aus dem Proletariate dem ge- samten spanischen Volke gewissermaßen der Errecker aus dem politischen Sumpfe. Mit dem Eintreten der spa- nischen Arbeiterpartei in den Wahlkampf muß notwen- digerweise das ganze politische Leben erstarren; das Volk aus seiner Indolenz, auch von den Gegnern des spani- schen Sozialismus, aufgerüttelt werden.

Von diesem Gesichtspunkte aus muß der spanische Wahlkampf und seine Ergebnisse betrachtet werden. Je mehr die spanische Gewerkschaftsbewegung die Erkennt- nis ihrer politischen Pflicht gewinnt, desto eher geht Spanien einem Zustande politischer Aufklärung und Frei- heit entgegen, der die schändliche Kette der klerikal-milita- ristischen Tyrannei bricht. Die Wahlen in Spanien sind Etappen auf diesem Wege; die Zahl der sozialistischen

Stimmen die Meilensteine, die anzeigen, wie weit das spanische Proletariat auf der Bahn gekommen ist, die zur politischen und damit zur wirtschaftlichen Befreiung des spanischen Volkes führt.

Nach einer Meldung des Moskischen Telegraphen- bureaus wurden gewählt: 199 Konservative, 95 Libe- rale, 21 sozialistisch-radikale Republikaner, 8 Unab- hängige, 19 Regionalisten, 7 Reform-Republikaner, 4 Katholiken, 5 Anhänger Dom Jaimés. In 38 Wahl- kreisen steht das Wahlergebnis noch aus. Neue Wahlen werden in 9 Wahlkreisen stattfinden müssen, weil die be- treffenden Kandidaten in zwei Wahlkreisen zugleich ge- wählt worden sind.

Unter den Gewählten befindet sich unser alter Ge- nosse Pablo Iglesias, der auf der Liste der Re- publikaner steht, in Folge des Wahlbündnisses der So- zialisten mit den Republikanern.

Und sie bewegt sich doch.

Die freudige Kunde, die dem deutschen Proletariat gerade im Augenblick einer neuen Anspannung seiner Kraft aus dem Osten Europas gebracht werden kann, ist die, daß die Arbeiterklasse Russlands immer entschiedener auf den Kampfplatz tritt. Schon seit zwei Jahren voll- zieht sich dieser Prozeß in den verschiedenartigsten For- men. Die gewaltigen Massenstreiks im April 1912 aus Anlaß der Lena-Mexeleien dienten gleichsam als Sig- nal für die Auslösung der angesammelten revolutionä- ren Energie der Arbeiterklasse. Zwei Momente sind auf politischem Gebiete maßgebend für die ununterbrochene und sich immerfort steigende Kraftentfaltung der rus- sischen Arbeiterklasse, die seit jener Zeit datiert. Einmal ist es der spontane Protest der Massen, die gegen den zaristischen Zuchthausstaat revoltieren und mit Vor- liebe Kampfmethoden anwenden, die von der Gewitter- luft vorrevolutionärer Perioden geboren werden. Da- neben kommen aber in Betracht die angestrengten Be- mühungen der sozialdemokratischen Vorhut der Arbeiter- klasse, durch Ausnützung und Vertiefung aller bestehen- den Möglichkeiten dem Kampf des Proletariats eine größere Bewegungsfreiheit und Effektivität, eine festere Organisation, ein tieferes Bewußtsein zu verleihen. Diese beiden Momente fließen natürlich oft ineinander, ergänzen sich gegenseitig, und so sehen wir denn als äußere Form der neu erwachenden proletarischen Mas- senbewegung in Rußland eine lebhaft organisierte Be- tätigung, ein unermüdliches Ausbauen der Presse, der Gewerkschaften, der Bildungsvereine, eine immer stärker werdende Einmischung in alle Fragen des Tages- kampfes — alles in engem Zusammenhang mit dem politischen Massenstreik, der von anfäng- licher Verschwommenheit zu immer größerer Konzen- triertheit übergeht und an die Stelle der alles be- herrschenden Spontanität allmählich ein vorsichtigeres Abwägen der Kräfteverhältnisse und ein tieferes poli- tisches Bewußtsein setzt.

Von diesem Gesichtspunkte aus hört der politische Demonstrationstreik, wie er zurzeit in Rußland ange- wendet wird, auf, nur ein Symptom, ein Gradmesser der revolutionären Stimmung der Arbeitermassen zu sein; er beginnt vielmehr — mitunter neben einer direk- ten Beeinflussung der herrschenden Gewalten — organi- sierend zu wirken, indem er die zerstreuten Kräfte der

Sie ertappte sich sogar, etwas zu ihrem Erstaunen, dabei, daß sie über die Seereise sprach und Teilnahme an Herrn Hagedorns Besorgnis hinsichtlich der Stabilität seines Vaters be- fundete.

„Frau Grot und Stobel sind auch sehr besorgt“, sagte er. „Es ist eine lange Reise für ein solch kleines Fahrzeug.“

„Und dann am Ende der Reise keinen Schatz zu finden,“ meinte Fräulein Kenzow mit weiblicher Zartheit.

Herr Hagedorn warf ihr einen verstohlenen Blick zu. „Ich wollte damals nicht sagen, daß der Kapitän keinen Schatz hat“, antwortete der andere, „gewiß.“

„Der zehn Millionen wert ist?“ beharrte Fräulein Kenzow.

„Der mehr wert ist als das“, sagte Herr Hagedorn, starr ins Feuer blickend.

Das junge Mädchen schaute verwirrt drein. „Mehr?“ fragte sie verwundert.

„Viel mehr“, entgegnete der andere, immer noch das Feuer betrachtend. „Er ist unschätzbar.“

Fräulein Kenzow richtete sich plötzlich auf und ließ sich dann wieder langsam in die Tiefe ihres Stuhles zurücksinken. Ihr Gesicht wurde purpurrot, und sie hoffte inmigt, daß, wenn Herr Hagedorn sie anschauen wollte, die Erde sich öffnen und ihn verschlingen würde. Es begann leise bei ihr zu dämmern, daß in Abwesenheit eines gefälligen Mirakels dieser Art, er überhaupt nicht wieder loszuwerden sein werde.

„Unschätzbar“, wiederholte Herr Hagedorn in heraus- forderndem Tone.

Fräulein Kenzow gab keine Antwort. Eine Entgegnung war gefährlich und Schweigen schwierig. In einem Zustande nervöser Entrüstung schlingelte sie nach Herrn Wöbke und be- fahl ihm, das Leesechiff abzuräumen, das Feuer zu löschen und den Platz weiter zu ändern. Als alles dies aus- geführt war, hatte sie ihre gewohnte Ruhe wieder erlangt und ließ sich ziemlich scharf über zwei kleine Suben aus, die zwei Häuser entfernt mit einem Katapult wohnten.

Achtzehntes Kapitel.

Monat für Monat trotz die „Schön Emily“ weiter dem Süden zu. Der große Bär und andere Sternbilder machten den Stern des südlichen Himmels Platz, und Herr Grot ver- suchte sein Bestes, sich nicht wegen des Arrangements der- jenigen des südlichen Kreuzes enttäuscht zu fühlen. Gedrängt von dem triumphierenden Busak, dem er seine Ansicht mit- geteilt hatte, mußte er zugeben, daß es wenigstens ebenso sehr einem Kreuze ähnlich sehe, wie das andere einem Bären.

Als sie weiter nach Süden gelangten, hatte er sein Trittschwend und seine Seestiefel zugunsten eines Leinens-

anguges und bloßer Füße aufgegeben. In diesem Kostüm, überlagert von einem Panamahut, war er das einzige an Bord, das Herrn Stobel einiges Vergnügen bereite, denn die Stimmung dieses Herrn litt beträchtlich unter der langen Dauer der monotonen Fäulenzerei, und seine Bemerkungen über die See und alles, was damit zusammenhing, standen in solch seltsamem Gegensatz, zu der Idee einer Vergnügungs- fahrt, daß Herr Hagedorn ihm ernsthaft Vorwürfe wegen seiner Indiskretion machte.

„Stobel tut dies nicht mehr zum Vergnügen als ich, sagte Kapitän Busak zu Herrn Gumpel. „Es ist irgend was von Bedeutung, das ihn all diesen Weg hergebracht hat, verlaß dich drauf.“

Der Steuermann nickte beifällig. „Wie is das mit Herrn Grot?“ fragte er mit leiser Stimme. „Kannst du es nicht aus ihn rausbringen?“

„Kannst direkt zu wie 'ne Auster, sowie ich nur davon anfang“, antwortete der Kapitän; „bleibt dabei, daß es 'ne Vergnügungsfahrt ist und daß Hagedorn die Formation der Inseln studiert. Sagt, er hält 'ne Liste von denen, die er be- suchen wolle.“

Herr Hagedorn hat mit mich auf dieselbe Art ge- sprochen“, bemerkte der Steuermann. „Er sagt, daß er 'n Buch darüber schreiben will, wenn er zurückkommen tut. Er fragte mich, was ich dachte, daß ein guter Teil dafür war.“

„Ich weiß, was 'n guter Titel für ihn sein würde,“ knurrte Busak, als Herr Stobel an Deck kam und verzagend über die Keeling bläkte. „Wir nähern uns jetzt dem Ende der Reise, Herr Stobel.“

„Ende?“ fragte Herr Stobel. „Ende? Ich glaub nicht daran, daß die je zu Ende kommt. Ich glaub, Sie haben Ihren Weg verloren und wir werden weiter segeln bis zu die Puppen.“

Er schritt zum Achterdeck, ließ sich in einen Deckstuhl nieder und blickte verdrossen die komische Gestalt des Mannes am Steuer an. Die Hitze war enorm, und Hagedorn sowohl wie Grot hatten die Weiterführung einer Unterhaltung ab- gegeben, die von seiner Seite sich fast nur auf persönliche Schmähungen beschränkte. Er verfuhrte es mit dem Steuerer und machte diesen unglückseligen Menschen dadurch durstig für eine Woche, daß er mit ihm die rivalisierenden Verdienste von Lagerbier in einem Zinnbecher und Münchener in einem Steintrug besprach. Der Steuerer, ein Mann von liberaler Denkungsart, sagte mit einiger Bewegung, daß er beides aus einem Blumentopf trinken könne.

(Fortsetzung folgt.)

Arbeiterklasse zusammenfaßt und ihre Aufmerksamkeit auf bestimmte politische Lösungen konzentriert.

Die beste Illustration dieses Entwicklungsprozesses bildet eine kurze Uebersicht der politischen Streiks in Rußland in den Jahren 1912 und 1913. Die Welle der politischen Streiks setzte 1912 nach den Lena-Megeleien im April ein und erstreckte sich zusammen mit den gleich darauf einsetzenden Streiks am 1. Mai auf 570 000 Teilnehmer im ganzen Reiche. Im Sommer folgten die Demonstrationsstreiks aus Anlaß der Verurteilung revolutionärer Matrosen in Sebastopol. Diese Streiks zählten 250 000 Teilnehmer. In den Herbst- und Wintermonaten folgten drei kleinere Streiks aus Anlaß der Mißbräuche bei den Dumawahlen, der Eröffnung der 4. Duma und der Mißbräuche bei der Einführung der Verordnungsgelehe mit insgesamt 185 000 Teilnehmern. Im ganzen nahmen im Jahre 1912 an den politischen Streiks 1 005 000 Arbeiter teil. Obwohl diese Zahl eine gewaltige Steigerung gegenüber dem vorhergehenden Jahrfünft darstellt, wird sie im Jahre 1913 qualitativ und quantitativ übertroffen. Schon am 9.22. Januar, dem Gedenktag des Petersburger Blutsonntags, traten 160 000 Arbeiter in den Streik. Am 17. April, dem Gedenktag der Lena-Megelei, streikten 140 000 und am 1. Mai bereits 120 000 Arbeiter. Diese Maifeier war die gewaltigste, die Rußland je erlebt hat. Der Streik erstreckte sich nicht nur, wie meist vorher, auf Petersburg und Riga, er zog vielmehr auch die entferntesten Provinzstädte, bis weit nach Sibirien hin, in seinen Bann. Im Juni und Juli folgten zwei politische Streiks zum Protest gegen die Verurteilung einer Anzahl angelegter Matrosen der Baltischen Flotte. An diesen Streiks nahmen hauptsächlich in Petersburg und Riga, 185 000 Arbeiter teil. Ende September streikten 80 000 Arbeiter in Moskau aus Anlaß der politischen Schließung des Arbeiterblattes „Rajch puti“ und der Verhaftung streikender Straßenbahnangestellter. Zu gleicher Zeit streikten in Petersburg zum Protest gegen die Verfolgungen der Arbeiterpresse und aus Solidarität mit den Moskauer Streikenden über 100 000 Arbeiter. Während des Heiligs-Prozesses streikten in 17 Städten Polens und Litauens auf Veranlassung der sozialdemokratischen Organisationen 40—50 000 Arbeiter. Am 19. November streikten in Petersburg zum Protest gegen die gerichtliche Verfolgung wirtschaftlicher Streiks 90 000 Arbeiter. Endlich fanden zu verschiedenen Zeiten in Warschau, Twer, Petersburg und einigen anderen Städten aus Anlaß der behördlichen Uebergriffe und Geschwürigkeiten bei der Einführung der Krankentafeln Proteststreiks statt, an denen mindestens 50 000 Arbeiter teilnahmen. Insgesamt beläuft sich die Zahl der Teilnehmer der politischen Streiks im Jahre 1913 auf 1 272 000! Diese Zahl nähert sich der Teilnehmer der politischen Streiks im bewundernswürdigen Jahre 1905. Auch in diesem Jahre zeigt die Welle der politischen Streiks in Rußland eine steigende Tendenz. So zählt die diesjährige Revolutionsfeier am 9.22. Januar mindestens 200 000 Teilnehmer, d. h. um ein Beträchtliches mehr als selbst im vorhergehenden Jahre. Alle Berichte aus Rußland, namentlich aus den Mittelpunkten der Arbeiterbewegung, weisen einmütig darauf hin, daß die revolutionäre Gärung unter den Arbeitern, der die politischen Streiks ihre Stärke verdanken, im Zunehmen begriffen sind. Hand in Hand mit ihrer politischen und gewerkschaftlich organisierten Vorhut, die sich auf allen Gebieten des öffentlichen Wirkens energisch vorwärts, um ihren revolutionären Zielen Geltung zu verschaffen.

*) Wir benutzen hier die Angaben von G. Sinowjew in der marxistischen Revue „Koswolschtschije“.

Deutscher Reichstag.

Originalbericht des „Lübecker Volksboten“.

Berlin, 11. März 1914.

23. Sitzung. Nachmittags 2 Uhr.
Am Bundesratsitz: Dr. Solff.
Der Etat für das Schutzgebiet Togo wird debattiert.
Es folgt der

Etat für Neu-Guinea.

Dr. Arendt (Rp.): Wir haben gestern beim Etat für das Kolonialamt 50 000 Mark zu Vorarbeiten für die Erschließung von Petroleum in Neu-Guinea bewilligt. In der dritten Lesung werde ich beantragen, diese Summe zu streichen. Derartig risikante Geschäfte soll man dem Privatkapital überlassen. Es ist auch recht merkwürdig, daß die Budgetkommission hier eine halbe Million eingesetzt hat, während nur 100 000 Mark angefordert wurden. Für diese unnütze Kolonialausgabe haben übrigens auch die Sozialdemokraten gestimmt.

Staatssekretär Dr. Solff: Nach unserer Schätzung werden die Untersuchungen darüber, ob die Petroleum-Ausbeutung auf Neu-Guinea sich lohnt, etwa 300 000 Mark in Anspruch nehmen. Die Kommission hielt diese Summe für zu gering und setzte 500 000 Mark ein, die ich im Etat zu belassen bitte.

Dr. Villegier (Z.): Die Sozialdemokraten haben wohl nur mit Rücksicht auf das Petroleummonopol für diese wider sinnige aller Forderungen gestimmt, die je an den Reichstag gestellt wurden.

Präsident Kämpf rügt den Ausdruck „wider sinnig“.
Görheim (Rp.): Die Untersuchung, ob Naturkräfte in den Kolonien vorzukommen, gehört zu den wichtigsten Aufgaben der Kolonialverwaltung. Das Privatkapital unternimmt solche Untersuchungen nur, wenn es auch eine Garantie für die Ausbeutung hat, und würde daher dem Reich sehr nützliche Bedingungen anstellen.

Dr. Frank-Mannheim (SD.): In der Kommission haben die Herren vom Zentrum für den Beschluß gestimmt, den Herr Villegier hier so hart angegriffen hat. (Widerstand im Zentrum.) Herr Arendt steht eben leider in der Kommission. (Abg. Arendt: Sehr richtig!) Denn erst durch seine Zurückhaltung im Plenum sind die Herren vom Zentrum auf den richtigen Weg gebracht worden. (Widerstand im Zentrum.) Bei unserer Zustimmung zu dem Antrag handelt es sich, wie Herr Arendt meint, um unsere alte Liebe zum Petroleummonopol. Bei ihm handelt es sich sowohl um die alte wie die neue Liebe für die Interessen des Privatkapitals und gleichzeitig um die Furcht, das Petroleummonopol könne doch noch geändert werden. Wir wollen durch unseren Beschluß verhindern, daß die Naturkräfte, die sich in den Kolonien finden, durch das Privatkapital ausgebeutet werden. (Sehr richtig! bei den Sog.)

Dr. Baasche (N.): Vorkünftig leben wir noch in der kapitalistischen Gesellschaft, und da können wir es dem Privatkapital nicht verübeln, wenn es etwas wagen, aber auch etwas gewinnen will. (Sehr richtig! bei den Natl.)

Erzberger (Z.): In der Kommission haben Dr. Villegier und ich bereits gegen die Bewilligung Stellung genommen. Auf alle Fälle sollte der Staatssekretär ganz Neu-Guinea, nicht nur einen Teil für das Erbohren von Petroleum sperren. Die Vorarbeiten braucht das Reich keineswegs selbst vorzunehmen, sondern es kann ja einen Vertrag mit einer Privatgesellschaft schließen.

Staatssekretär Dr. Solff: Die Sperre ist bereits angeordnet. Zu Verhandlungen mit Privatgesellschaften muß ich wissen, was ich ihnen für Konzessionen geben kann, und das kann ich nur, wenn ich weiß, wie die Petroleumquellen beschaffen sind.

Dr. Waldstein (Sp.): Die Frage, ob das Petroleum durch Staats- oder Privatbetrieb auszubenten ist, ist mit der Bestimmung über die anzustellenden Vorarbeiten noch gar nicht entschieden.

Dr. Hertel (N.): Wir stimmen dem Beschluß der Budgetkommission zu, wir halten es auch gar nicht für ausgeschlossen, daß das Reich die Petroleumquellen selbst betreibt. Ueber das, was unsinnige Beschlüsse sind, dürften die Meinungen innerhalb dieses Hauses recht verschieden sein.

Dr. Frank (SD.): Wenn in der dritten Lesung eine Änderung dieser Position stattfinden sollte, könnte es sich nur um eine Erhöhung der Summe handeln, denn gerade Herr Erzberger hat ja auf Grund seiner Verbindungen mit Petroleumfachverständigen ausgeführt, daß die 500 000 Mark zu wenig seien. Die Vorlage des Petroleummonopols hat schon die segensreiche Folge gehabt, daß die Kolonialverwaltung dem Privatkapital die Ausbeutung der Petroleumquellen in Neu-Guinea aus der Hand genommen hat. Das Zentrum ist ebenso monopolfreundlich wie wir, nur mit dem Unterschied, daß es für Privatmonopole schwärmt. (Sehr wahr! bei den Sozialdem.)

Keinert (N.) wünscht erhöhten Schutz der Paradiesvögel.

Staatssekretär Dr. Solff: Für die Paradiesvögel ist eine 1½-jährige Schutzfrist geschaffen.

Dr. Baasche (N.) tritt lebhaft für eine Verlängerung der Schutzfrist ein.

Koske (SD.): Ich hätte nur gewünscht, daß Herr Baasche sich gestern mit derselben Wärme für den Schutz und die Erhaltung der Eingeborenen ausgesprochen hätte. Die Verlängerung der Schutzfrist ist um so notwendiger, weil mit der Freigabe der Jagd erfahrungsgemäß auch immer Strafexpeditionen gegen die Eingeborenen verbunden sind.

Der Etat wird bewilligt.
Es folgt der Etat für Samoa. (Berichterstatter: Abg. Mumm [WBg.]

Ledebour (SD.): Herr Mumm hat als Berichterstatter eine Erhöhung des Etats beantragt; seine Begründung dazu war ein unverständliches Gemurmel. (Seiterkeit.) Das ganze ist ein sehr ungewöhnlicher Vorgang.

Vizepräsident Dr. Baasche: Auch ich habe nicht gehört, was Herr Mumm gesagt hat. (Seiterkeit.) Ich hätte das sonst ebenfalls für unzulässig erklärt.

Ledebour (fortfahrend): Wir müssen diesen Antrag danach vorläufig als nicht existierend betrachten, und abwarten, was Herr Mumm als Abgeordneter tut. Im Jahre 1912 hat der Reichstag die Regierung um Einbringung eines Gesetzesentwurfes erucht, der die Gültigkeit der Ehen zwischen Weißen und Eingeborenen sowie das Recht der unehelichen Kinder aus solchen Ehen in allen deutschen Schutzgebieten sicherstellt. Dieser Antrag ist mit 203 gegen 133 Stimmen angenommen worden, also mit einer Mehrheit, wie sie sonst nur bei Mißtrauensvoten gegen den Reichstangler vorkommt. (Seiterkeit.) Trotzdem hat der Bundesrat noch nicht darauf geantwortet. (Zuruf rechts: Das Mißtrauensvotum ist auch noch nicht beantwortet worden!) Schlimm genug, aber darüber haben wir jetzt nicht zu sprechen, da der Reichstangler keine Mißhebe mit einer Samoanerin eingegangen ist. (Seiterkeit.) Eine indirekte Antwort des Staatssekretärs, die höchst interessant ist, haben wir übrigens in der Budgetkommission erhalten. Da sagte er, die Richter legten das Gesetz so aus, daß Ehen zwischen Weißen und Eingeborenen nicht von ihnen als Standesbeamten beurkundet werden dürften, und auf die Entschließungen der Richter habe die Verwaltung keinen Einfluß. Hier handeln aber die Richter als Standesbeamte, und da haben sie allerdings den Anordnungen der Verwaltung Folge zu leisten. Dazu kommt, daß der Staatssekretär selbst im Jahre 1912 eine Instruktion an alle Verwaltungsbeamten in Samoa herausgegeben hat, worin es heißt: Ehen zwischen Weißen und Eingeborenen sollen nicht statthaft sein. (Hört, hört! bei den Sog.) Im übrigen steht in dem Gesetz vom 4. Mai 1870 über Eheschließungen im Ausland nichts davon, daß Eheschließungen zwischen Weißen und Eingeborenen unzulässig seien. Ein solches Verbot konnte gar nicht darin stehen, weil damals unsere Kolonien noch gar nicht existierten. Ich frage den Staatssekretär, welches Gesetz die betreffenden Beamten berechtigt, solchen Ehen die Beurkundung zu verweigern. Sollte wirklich eine vieldeutige Interpretation im Gesetz enthalten sein, so müßte eine authentische Interpretation erfolgen, oder das Gesetz geändert werden. Jedenfalls muß der Beschluß des Reichstages beachtet werden. Die Tatsache des Geschlechtsverkehrs zwischen Eingeborenen und Weißen besteht jedenfalls trotz der Stellungnahme der Richter. Die Zahl der weißen Frauen ist noch sehr gering. 372 unverheirateten weißen Männern gegenüber gibt es nur 99 weiße Frauen. Da ist es eine Barbarei, es den Weißen unmöglich zu machen, sich mit einer Frau zu verheiraten. Gewiß halten auch wir eine solche Heirat nicht gerade für wünschenswert, aber wir stehen hier vor einer Naturnotwendigkeit, und es kommt darauf an, daß der bestehende Geschlechtsverkehr zwischen Weißen und Eingeborenen nicht mit aller Gewalt auf den Zustand eines unregelmäßigen Verkehrs herabgedrückt wird. Die Samoanerinnen sind noch dazu außerordentlich hochstehende Eingeborene, und man will doch gerade die Eingeborenen in den Schutzgebieten auf ein höheres Kulturniveau heben. Da sollte man sie nicht mit Gewalt auf das niedrige Niveau einer rüpelhaften Masse herunterdrücken. (Beifall bei den Sog.)

Schulz (Rp.): Ich bezweifle, daß die Standesbeamten verpflichtet sind, zu tun, was ihnen von der Aufsichtsbehörde vorgeschrieben wird. Lehnt der Standesbeamte die Vornahme einer Handlung ab, so kann er nur vom Gericht dazu angehalten werden, heißt es in einem Gesetz. Daraus folgt, daß die Beamten selbständig zu entscheiden haben.

Ledebour (SD.): Daraus, daß ein Standesbeamter zu einer Beurkundung seitens des Beteiligten durch Anrufung des Gerichts gezwungen werden kann, folgt nicht, daß er nicht in seinem allgemeinen Verhalten als Beamter den Vorschriften seiner vorgesetzten Behörde zu folgen hat. Ich verweise nochmals auf die erwähnte Instruktion. Der Staatssekretär hätte sie garnicht erlassen können, wenn er nicht dadurch auf die Standesbeamten hätte einwirken wollen. (Sehr wahr! bei den Sog.) Wir müssen verlangen, daß diesem gretulichen Unpaß des Egoismus ein für allemal ein Ende gemacht wird.

Staatssekretär Solff: Ich lasse es dahingestellt, wenn die Standesbeamten unterstellt sind. Jedenfalls finde ich keinen Richter, der sich nicht an das Gesetz richtet. Der erwähnte Unpaß war kein Erfolg im gewöhnlichen Sinne. Im Gegensatz heißt es: Es erscheint mir die Beobachtung nachstehender Grundzüge geboten, nach denen ich künftig zu verfahren bitte.“ Das ist kein Erlaß! Es handelt sich um allgemeine Richtlinien für die Behandlung der erwähnten Angelegenheit. Die Mehrheit des deutschen Volkes wird wohl mit mir darin einig sein, daß die Mißheben zwischen Eingeborenen und Weißen unerwünscht sind. Sollten einzelne Grenzfälle vorkommen, so müssen die Gouverneure sich damit abfinden, ohne gegen die Gesetze zu verstoßen.

Schulz (Rp.): Ich betone nochmals, daß die Standesbeamten nur durch das Gericht zu bestimmten Amtshandlungen gezwungen werden könnten.
Ledebour (SD.): Auf das Brimborium der Einleitung des Erlasses kommt es nicht an. Nachher steht als Punkt 1: „Ehen zwischen Weißen und Eingeborenen werden nicht mehr geschlossen.“ Das ist ein klares Verbot. (Sehr richtig! bei den Sog.) Im übrigen sind doch früher etwa 100 Ehen zwischen Weißen und Eingeborenen in Samoa geschlossen worden von den nämlichen Standesbeamten. Ich frage daher den Staatssekretär nochmals, auf welches Gesetz das Verbot sich stützt.

Damit schließt die Diskussion.
Ledebour (zur Geschäftsordnung): Ich stelle fest, daß der Staatssekretär auf meine dreimalige Frage nach der betreffenden Gesetzesbestimmung keine Antwort hat geben können.

Die fortdauernden Ausgaben werden bewilligt.
Bei den einmaligen Ausgaben wird ein Antrag des Abg. Mumm (WBg.) angenommen, zum Bau einer Quarantäne-Station 104 000 Mark zu bewilligen.
Es folgt der

Etat für Deutsch-Ostafrika.

Dr. Müller-Meinungen (Rp.) hebt die Tätigkeit der Regierungsschulen hervor und tritt für eine Hebung der Lage der Lehrer in den Kolonien ein.

Staatssekretär Dr. Solff: Die Befürchtung der Missionen, daß durch die Regierungsschulen der Islam gestärkt würde, ist von diesen wohl jetzt ausgegeben. Die Tätigkeit der Lehrer in den Kolonien kann ich nur lobend anerkennen. v. Böhendorff (N.) begrüßt den Ausbau des Bahnnetzes, der noch gefördert werden müsse.

Dr. Arendt (Rp.): Die Regierungsschulen haben Vortreffliches geleistet; schon mit Rücksicht auf den Islam müssen sie aufrecht erhalten werden. Vor allem ist auch für genügende Unterrichts der Kinder der weißen Pflanzler Sorge zu tragen. Ernstlich muß auch geprüft werden, ob nicht die deutsche Währung in Ostafrika endlich einzuführen ist. Der Ausbau des Hafens von Dar-es-Salaam sollte beschleunigt werden.

Ledebour (SD.): In der heutigen Sitzung der Budgetkommission hat der Staatssekretär Neußerungen getan, die unsere Stellungnahme gegen den Bahnbau nur verstärken können. Er hat nämlich darauf hingewiesen, daß die Eingeborenen in dem betreffenden Gebiet nicht „durch friedliche Durchdringung“ des Gebietes gewonnen, sondern unterjocht werden sollen. Unsymmetrisch werden wir gegen diese Unterjochung stimmen.

Das Haus vertagt die Weiterberatung auf Donnerstag 2 Uhr. (Vorher kleine Vorlagen.)
Schluß 6½ Uhr.

Aus der Partei.

Erfolge der roten Woche. Der erste rote Sonntag in Mannheim brachte der Partei 800 neue Mitglieder und der Parteipresse 500 neue Abonnenten. Dieser Erfolg ist mittels einer durchgreifenden Hausagitation erzielt worden. Abgeschlossen ist diese noch nicht. — Im Bergarbeiterkreis Waldenburg i. Schl. haben die ersten Tage der roten Woche für unser Parteiorgan, die „Schlesische Bergwacht“, 365 Abonnenten und für die politische Organisation 280 neue Mitglieder gebracht. Aus den Nachbarkreisen Schneidnitz, Hirschberg, Landesbuth laupfen täglich recht beachtenswerte Teilergebnisse ein. — In Brandenburg a. d. Havel wurden bis jetzt 400 neue Parteimitglieder und 120 Abonnenten für die „Brandenburger Zeitung“ gewonnen. Die am Montag abgehaltene, von etwa 800 Frauen besuchte Frauenversammlung brachte allein 135 weibliche Mitglieder für den Wahlverein.

Aufreizung zu Gewalttätigkeiten. Ein hochnotpeinliches Verfahren wurde gegen den Verantwortlichen der „Bergischen Arbeiterstimme“, Genossen Merkel, durch die Oberfelder Staatsanwaltschaft eingeleitet. Ein längerer Artikel in der Nummer vom 28. Febr.: „Das verzeuerte Zentrum“, der sich mit dem schmählichen Rückzuge der bürgerlichen Parteien in der Zaberntkommission beschäftigte, schloß mit einigen Bemerkungen, in denen gesagt war, daß die Militaristen wohl aus dem Ende der Zaberntkommission schließen müssen, daß mit harmlosen Reformtränken dem Militarismus nicht beizukommen ist, daß sie ihre Forderungen steigern werden zu der Forderung der Wähi, mit allem, was dazu gehört. — In diesen Ausführungen und in einem Hinweis auf bevorstehende revolutionäre Kämpfe soll die Aufreizung zu Gewalttätigkeiten liegen. Eine Hausdurchsicht in den Räumen der „Bergischen Arbeiterstimme“ und in der Wohnung des Verantwortlichen — nebenbei bemerkt, die zweite innerhalb 14 Tagen — nach dem „staatsgefährlichen“ Manuskript blieb erfolglos.

Gemeindevahlerfolge. In Freienwalde (Wahlkreis Sagan-Eprotau) setzte bei der Gemeindevereinerwahl in der 3. Abteilung der sozialdemokratische Kandidat, Bürgerliche Gegenkandidaten waren nicht aufgestellt worden. — In Köbeln (Wahlkreis Rothenburg-Hogerswerda) wurde in der 3. Abteilung der bisherige sozialdemokratische Gemeindevereiner wiedergewählt. In der ersten Abteilung gelangte der sozialdemokratische Kandidat mit dem bürgerlichen Kandidaten in Stichwahl.

Die „Kölnische Zeitung“ über Webels Lebenserinnerungen. In einem längeren Artikel des Literatur- und Unterhaltungsblattes der „Köln. Zeitung“ vom 8. März wird auch der dritte Band von Webels Werk „Aus meinem Leben“ besprochen. Der Kritiker kommt schließlich zu folgendem Urteil:

„Überhaupt man den Inhalt der nunmehr fertig vorliegenden Erinnerungen, so muß man auch als Gegner zugestehen, daß sie in all ihrer agitatorischen Einseitigkeit und Subjektivität einen sehr wertvollen Bestandteil unserer deutschen politischen Memoiren-Literatur bilden. Ihr reicher Material-Inhalt macht sie ebenso sehr dazu, wie die ungeheure Fingabe an eine Sache, die sie auf jeder Seite predigen. Die deutschen Politiker werden auch diesen Band mit Aufmerksamkeit lesen müssen, er enthält ein wichtiges Stück deutscher innerpolitischer Geschichte, gesehen durch das Temperament des größten Agitators, den Deutschland bis jetzt hervorgebracht hat.“

Von manch anderem Urteil der Gegner, die glauben, alles herunterreißen zu müssen, was mit der Sozialdemokratie zusammenhängt, steht dieses Urteil der „Kölnischen Zeitung“ sehr ab.

Fortschritt- und Zentrumswoche. Als Gegenagitation zur roten Woche veranstaltet die Fortschrittliche Volkspartei in Ludwigshafen eine Fortschrittswche; in der Versammlungen sollen bekannte Führer der Fortschrittler sprechen. Auch die Zentrumspariei hat in der Pfalz überall

mobilität gemacht gegen unsere Agitation. Das ist für unsere Parteigenossen nur ein weiterer Ansporn, noch mehr als bisher zu werben für die Partei und unsere Presse. Das am Sonntag erzielte Resultat ist, soweit es sich überblicken läßt, äußerst günstig, es sind etliche hundert neue Mitglieder der Partei und ebenso viele Abonnenten für die „Pfälzische Post“ gewonnen worden.

Schwarz-weiß-gelbe Anfälle. Die sächsischen Drahtzieher des „Verbandes nationaler Arbeitervereine“ sind auf die kühne Idee gekommen, mit ihrer „Schwarz-weiß-roten Woche“ in Oberfranken einzuziehen und unserer roten Woche dort entgegenzuarbeiten. Der Versuch ist ihnen aber schlecht bekommen. In Bayreuth hatten sie, Hand in Hand mit den Liberalen, eine große öffentliche Volksversammlung mit der Tagesordnung „Die Ziele der Sozialdemokratie“ einberufen und großspurig freie Diskussion angekündigt. Um die Veranstaltung der Kosten gleich ganz gründlich zu vollziehen, waren zur Unterstützung der als Referenten angekündigten „nationalen“ Arbeitersekretäre Krause und Purfürst-Chemnitz alle drei liberalen Parteisekretäre Oberfrankens herbeigeeilt und auch die Bayreuther Liberalen hatten alle ihre Redner in die Versammlung gebracht. Als die tapfere Schar aber sah, daß der Saal zu 2/3 von Sozialdemokraten besetzt war und daß außerdem die führenden Bayreuther Parteigenossen zur Diskussion bereit waren, verzichtete sie auf Abhaltung der Versammlung. Herr Krause erklärte, daß die „Nationalen“ nach den Erfahrungen der letzten Zeit die Versammlung nicht stattfinden lassen würden und daß er sie hiermit schlicke. Hierauf eröffneten die Liberalen als Mieter des Saales eine geschlossene Versammlung, zu der die Sozialdemokraten keinen Zutritt hatten. Unter heftiger Hektik jogen die Massen ab und die tapferen Sozialisten vor Nichtigstellungen die „Beredsamkeit der Sozialdemokratie beweisen“. Einige Tage vorher waren die Herren in Schönbach (Wahlkreis Hof). Auch dort war freie Diskussion ausgeschrieben. Sie wurde aber nicht gewährt. Deshalb verließen die Arbeiter das Lokal und hielten sofort eine eigene sozialdemokratische Versammlung ab, an der nahezu 500 Personen teilnahmen. Den „Nationalen“ blieb im fast leeren Saal ein jämmerliches Häuflein Gelehrer.

Ämtliche Studienreise eines holländischen Sozialisten. Die holländische Regierung hat den sozialdemokratischen Senator Henri van Kol beauftragt, eine Studienreise nach Japan zu unternehmen, um die Entwicklung und die Arbeitsbedingungen der Großindustrie zu studieren.

Gewerkschaftsbewegung.

Lohnbewegung der Marmorarbeiter Groß-Berlins. Am Sonntag verhandelten die Marmorarbeiter in einer starkbesuchten Versammlung über die Frage: Wie stellen wir uns zu der ablehnenden Haltung der Unternehmer? Die eingeleitete Kommission legte eine Resolution vor, in der verlangt wurde, den Vorstand zu beauftragen, geeignete Maßnahmen zur baldigen Verwirklichung ihrer Forderungen zu treffen. Gefordert wird der Achtstundentag, verbunden mit einem entsprechenden Lohnausgleich. Die Mehrzahl der Diskussionsredner traten für sofortigen Streik ein. Ein Antrag aus der Versammlung, der in seiner Konsequenz das gleiche bedeutete, nämlich von Montag ab nur noch acht Stunden täglich auf sämtlichen Arbeitsstellen zu arbeiten, wurde in geheimer Abstimmung abgelehnt. Darauf vereinigten die Kommissionsresolution die Stimmen fast sämtlicher Anwesenden auf sich.

1500 Granitarbeiter ausgeperrt! Die Besitzer der Granitwerkstätten im Fichtelgebirge haben am 9. März etwa 1500 Steinmetzen, Schleifer, Säger und Hilfsarbeiter ausgeperrt. Die Arbeiter hatten beim Ablauf des Tarifjahres einige Lohnforderungen gestellt; die Unternehmer ließen sich nur zu ganz unbedeutenden Zulagen herbei. Die Steinarbeiter im Fichtelgebirge sind sehr schlecht entlohnt. Die dortige Granitindustrie hat übrigens Weltruf, sie arbeitet viel für den Export. Die meisten Fabriken, die vielfach künstlerisch ausgeführt sind, gehen nach Belgien und Frankreich. Die Aussperrung erstreckt sich auf folgende Orte: Gejezes, Hof, Schwarzenbach, Seuffen, Sparned, Selb, Niederlamitz, Kaiserhammer, Berned, Bayreuth, Weichenstadt und Wunsiedel. Die Unternehmer verlangen, daß der bisherige Tarif, der äußerst kompliziert in seinem Aufbau ist, mit den bewilligten, äußerst geringfügigen Verbesserungen ohne weiteres auf drei Jahre weiter laufen sollte. Als die Arbeiter das ablehnten, kündigten die Unternehmer den Arbeitern. Ansehend haben es die Unternehmer auf einen Kampf abgesehen, denn sie heben sich frühzeitig bei der Dresdener Streikversicherungs-Gesellschaft auf. Die Arbeiter in den übrigen Granitwerkstätten müssen damit rechnen, daß die Unternehmer im Fichtelgebirge die Aufträge nach dem Obenwald, der Lausitz und einigen Orten an der Ost- und Nordsee überweisen. Die Unternehmer werden sich bemühen, Arbeitswillige anzuwerben, was ihnen aber nicht so leicht gelingen dürfte, denn die Bearbeitung des recht harten Granits erfordert besondere Übung und eine langjährige Berufstätigkeit.

Die Aussperrung in der Solinger Waffenindustrie. Die Situation hat sich wenig geändert. Ueber 300 Aussperrte und Streikende werden bis jetzt erst gezählt, die Mehrzahl steht noch in Kündigung. Am Sonnabend beschloß eine Versammlung der Waffenarbeiter, daß die Organisationen sich um die Unterstützung der Unorganisierten nicht kümmern werden. Die von dem Unternehmerverband herausgegebene schwarze Liste ist ein Unikum, sie enthält auch Namen verstorbenen und zum Militär eingezogenen Arbeiter. Die vier kleineren Waffenfabriken, die dem Konjunktium der Unternehmerorganisation nicht angehören, haben sich bekanntlich der Aussperrung nicht angeschlossen. Diese kleineren Firmen sind augenblicklich sehr stark beschäftigt. Die größeren Firmen möchten die ihnen so unliebsame Konkurrenz gern beseitigen, sie wissen nur nicht wie. Den Standpunkt der Unternehmer zu der Streitfrage, die den Streik veranlaßte, erhellt ein Schreiben, das der Industriearbeiter-Verband von der Unternehmerorganisation erhielt. Es heißt darin: Wir teilen Ihnen beglückwünscht von auswärts bezogenen Arbeit mit, daß sich die in erster Linie in Betracht kommende Firma Karl Eihorn nach den angefertigten Ermittlungen in einer Notlage befindet hat, weil die hiesigen Arbeitskräfte nicht hinreichend haben, den Anforderungen zu entsprechen. Diese Selbsthilfe wird aber auch später stets den energiestärksten Schutz unserer Verbände finden. Denn es kann und darf keinem Fabrikanten zugemutet werden, sein Geschäft in dem stets gleichen Rahmen zu belassen und mit der systematischen Einschränkung der Arbeitskräfte sowie der willkürlichen Zurückhaltung des Nachwuchses rechnen zu müssen. Der letzte Absatz des Schreibens bezieht sich auf die Bestimmung in den Satzungen der Waffenarbeiter, wonach jeder Waffenarbeitermeister nur eine bestimmte Zahl von Lehrlingen annehmen darf. Die Fabrikanten wollen aus naheliegenden Gründen ein Ueberangebot von Arbeitskräften in der Waffenbranche haben. — In Sulz und Umgebung werden durch Meister Arbeiter für die Solinger Firmen gesucht.

Reghäusers „Dokumente“. Entgegen der ersten Erklärung des Vorstandes der Buchdrucker, auf dem Zirkularwege den Mitgliedern des Verbandes Mitteilung über die Bro-

chüre Reghäusers zu geben, bringt die neueste Nummer des „Korrespondent“ (5. März) in einer besonderen Beilage längere Artikel der von Reghäuser in seiner Broschüre besonders angegriffenen Personen, des Verbandsvorstandes und der Redaktion des „Korrespondent“. Es handelt sich bei der ganzen Sache nicht allein um Angriffe gegen leitende Personen des Buchdruckerverbandes, sondern auch um eine Verunglimpfung der Organisation. Schon nügen die Gegner des Verbandes, die christlichen Gewerkschaftsblätter, besonders die sonst so wenig beachteten Gutenbergsblätter, die Broschüre für ihre Zwecke aus, aber der Erfolg, den sie damit haben könnten, scheint uns doch ein recht magerer werden zu müssen, denn die sichtlich von niedrigem Haß diktierten Aufzeichnungen Reghäusers können bei keinem anständigen, objektiven Urteilenden den Eindruck erwecken, als sei ihm im Buchdrucker-Verbande unrecht geschehen, aber gar, daß im Buchdrucker-Verbande etwas gelte, das vor dem Urteil der Öffentlichkeit nicht bestehen könne. Nach den durch Schriftstücke und mit Tatsachen belegten Erklärungen der Verbandsleitungen ist Reghäuser seit Jahren das enfant terrible des Verbandes gewesen. Hinterhältig und falsch hat er die Personen, gegen die er jetzt allerhand Vorwürfe erhebt, kurze Zeit vorher noch gelobt. Seine Rechthaberei und Ueberhebung hatten sich so herausgebildet, daß er in jedem, der nicht seiner Auffassung war, seinen Feind erblickte. Eine Verständigung bei Meinungsverschiedenheiten war mit ihm ausgeschlossen. Dieser Zustand verschlimmerte sich durch starken Alkoholgenuß in einer Weise, daß jede Gauvorsteherkonferenz und jede Generalversammlung des Verbandes zu scharfen, oft tagelangen Auseinandersetzungen führten. In solchen Zuständen wechselnder Laune hatte er zweimal gekündigt, doch der Vorstand habte ihm die Wege zur Zurücknahme der Kündigung; erst die dritte Kündigung wurde akzeptiert. Das an politischer Gesinnung wechselliebende Leben Reghäusers nach seinem Austritt aus der Redaktion ist vielfach bekannt. Erst Redaktion eines demokratischen Blattes, arbeitete er dann in der Redaktion eines nationalliberalen Blattes mit, gründete später ein sozialistisches Wochenblatt, leitete eine Zeitung zur Bekämpfung der Antialkoholbewegung, meldete sich als Geschäftsführer bei einem ultramontanen Blatte, legte aus Kleinigkeiten, für seine Stundentätigkeit seinen Posten als Bezirksleiter des Buchdruckerverbandes in Frankfurt a. M. nieder, um schließlich als Schriftleiter in der Druckerei eines Freundes Beschäftigung zu finden, mit dessen Frau er dann durchbrannte und sie zum gemeinschaftlichen Selbstmord überredete, bei dem beide nach qualvollen Leiden später den Tod fanden. Nicht materiell unglückliche Verhältnisse haben ihn auf diese abschüssige Bahn getrieben. — R. hat Stellen mit 6000 Mark Jahreseinkommen und mehr gehabt — sondern sein unverträgliches Wesen und sein unnoberer Charakter. Noch später haben sich die von ihm jetzt geschmähten Personen in seinem Interesse um eine Existenz für ihn bemüht. Ein solcher Mensch kann doch wahrlich nicht dazu berufen sein, der Organisation die richtigen Wege weisen zu wollen, er hat doch das Recht verwirrt, den Vorwurf erheben zu können, daß die Verbandspolitik ziellos und schwankend ist, daß die Organisation keinen Inhalt habe und die Mitglieder nur die großen Zahlen anbeten. Er, der selbst in den Bahnen dieser Tarifpolitik 14 Jahre gewandelt ist und dabei einen extremen Gewerkschaftsstandpunkt vertreten hat, der sicher nicht immer von der Leitung des Verbandes und von den Mitgliedern gedeckt werden konnte, ist nicht der Berufene, ein solches Urteil zu fällen, zu dem ausgesprochenen Zweck, den Verband zu schädigen und seiner Taktik Schwierigkeiten zu bereiten. Seine Anwürfe müssen so völlig verpuffen. Etwas Sensationslust wird in der Broschüre übrigens — selbst bei geringen Ansprüchen — kaum befriedigt werden können. Nur zwölf Seiten „Entwürfe“ enthält sie, der übrige Inhalt ist der Abdruck alter Reghäuser'scher Artikel. In nicht minder schlechtem Lichte als der Verfasser der Broschüre erscheint ihr Verleger Köpf, der entgegen der in den Artikeln abgedruckten letztwilligen Verfügung Reghäusers (die von der Krankenschwester unterzeichnet ist, weil R. wegen rechtsseitiger Lähmung nicht mehr schreiben konnte) und trotz des Einspruchs der Frau Reghäusers dennoch die „Dokumente eines Sterbenden“ veröffentlicht. Bieleicht hat ihn zu diesem unfairen Verhalten pure Gewinnlust getrieben, denn bei 40 Bgg. für diese kleine Broschüre muß sich ein ganz gutes Geschäft machen lassen. Dabei müssen dem Herrn als Verbandsmitglied allerdings keine Strapazen darüber aufgeflogen sein, daß er mit der Veröffentlichung dieser „Dokumente“ auch sein eigenes Nest gründlich beschmutzt.

Der Polizeiknäuel gegen Arbeitslose. Aus Sacramento in Kalifornien berichten bürgerliche Depeschenbureaus: Zwischen 300 Sheriffsgehilfen und 600 Arbeitslosen vom Verbands „Industriearbeiter der Welt“ kam es am 9. März zu einem heftigen Kampfe, nachdem General Kelly, der die Arbeitslosen führte, und 18 seiner Anhänger wegen Vagabondage verhaftet worden waren. Die Beamten verlangten nach der Verhaftung der Führer, daß die Arbeitslosenarmee den Ort verlasse. Mehrere hundert gehorchten, doch bot derjenige Teil der Leute, der zum Verbands „Industriearbeiter der Welt“ gehörte, den Beamten Trotz. Die Sheriffsgehilfen gingen mit Stielen bewaffnet vor und schlugen alle, die Widerstand leisteten, nieder. Mit Wasserschläuchen rückte schließlich die Feuerwehr an, worauf die Arbeitslosen völlig zerstreut wurden. Viele erlitten Schädelbrüche und lagen nach dem Kampfe stöhnend auf der Straße.

Sozialdemokratischer Wahlsieg der Handelsangestellten in Wien. Am Sonntag ging die Gehilfenwahl des Wiener kaufmännischen Gremiums vor sich. Die sozialdemokratischen Kandidaten setzten mit Dreiviertelmehrheit. Von 17 114 abgegebenen gültigen Stimmen vereinigten die sozialdemokratischen Kandidaten 12 378 Stimmen auf sich. Die Deutschnationalen und die Christlichsozialen hatten nur 4492 und die Jüdischnationalen 244 Stimmen erhalten. Stark war auch die Beteiligung der weiblichen Angestellten, die anlässlich des Frauentags in geschlossenen Trupps zu den Wahllokalen zogen.

Soziales.

Kaufmannsgerichtswahl in Lichtenberg. Bei der Wahl der Gehilfenämter am Sonntag erhielten Liste 1 (Antisemitin) 70, Liste 2 (Leipzig) 16, Liste 3 (Zentralverband) 79, Liste 4 (Deutsche Kaufleute) 17, Liste 5 (Hilfsverein) 12, Liste 6 (Achtundfünfziger) 42 Stimmen. Es erhalten der Zentralverband drei, die Antisemiten zwei und die Achtundfünfziger einen Beisitzer. Die übrigen Listen fielen aus.

Ärzte und Krankenkassen. Die Vertreter der Kassen- und Ärzteverbände haben bei den gestrigen Verhandlungen im Reichsamt des Innern als Ausführungsbestimmung zu Nummer 11 des Berliner Abkommens nähere Vereinbarungen über die Berechnung und Abführung der Kassen- und Arztbeiträge zur Deckung der Abfindungskosten getroffen. Als Stelle, an die die Beiträge von den Kassen abgeführt werden sollen, wurde die königliche Preussische Seehandlung in Berlin bestimmt. Es fand eine ausgedehnte Besprechung über die kassenärztlichen Verhältnisse in einigen Orten statt, in denen zurzeit noch auswärtige Ärzte tätig sind, und es wurde beschlossen, erneut darauf zu

wirken, daß auch in diesen Orten das Berliner Abkommen zur Geltung kommt. Die Vertreter der Kassenverbände erklärten, in diesem Sinne nachdrücklich tätig sein zu wollen.

Arbeitslosen-Demonstration. Zu einer großen Arbeitslosen-Demonstration kam es in Frankfurt a. M. Der Anlaß war die Weigerung des Magistrats, die Arbeitslosenunterstützung weiter zu zahlen, trotzdem die Stadtverordnetenversammlung dies beschlossen hatte. Bereits am Dienstag vormittag fand eine von vielen Tausenden besuchte Arbeiter-Versammlung im Gewerkschaftshaus statt, in der auf scharfe gegen das Verhalten des Magistrats protestiert wurde. Am Nachmittag hatten sich viele Arbeitslose vor dem Römer eingefunden, in dem gerade eine Stadtverordnetenversammlung stattfand, um dem Magistrat begreiflich zu machen, daß es noch unzählige Arbeitslose gibt. Dies war die Veranlassung für die Polizei, mit einem großen Schutzmarsch aufzutreten und den ganzen Römerberg abzusperrten, damit dem Magistrat der Anblick der Arbeitslosen erspart bleibe. Ein großes Aufgebot von Schulkindern zu Fuß und zu Pferde hatte die Arbeitslosen in die Seitenstraßen zurückgedrängt.

Kommunales.

Für die allgemeine Sonntagsruhe im Handelsgewerbe. Von der Reichstagskommission ist bekanntlich beschlossen worden, daß für die Städte mit mehr als 75 000 Einwohnern die vollständige Sonntagsruhe gelten soll, daß dagegen in den Orten unter 75 000 Einwohnern Sonntagsarbeit grundsätzlich zwei und in noch kleineren Orten drei Stunden gestattet sein soll. Mit diesem Beschlusse der Reichstagskommission beschäftigte sich die letzte Stadtverordnetenversammlung in Elberfeld. Der nationalliberale Handelskammer-Syndikus stellte einen Antrag, der gegen diese Differenzierung Protest erhebt. Die sozialdemokratische Fraktion erkannte grundsätzlich die Ungerechtigkeit dieser Differenzierung an, vertrat aber die Meinung, daß nicht nur gegen die Differenzierung, sondern überhaupt gegen die Beschränkung der Sonntagsruhe Protest erhoben werden müsse. Mit dem nationalliberalen Antrag auf Beseitigung der Differenzierung wurde denn auch ein sozialdemokratischer Zusatzantrag angenommen, daß der Reichstag sich für allgemeine Einführung voller Sonntagsruhe entscheiden möge. Für diesen Antrag stimmte das gesamte Stadtverordnetenkollegium mit Ausnahme eines nationalliberalen Fabrikanten und des gleichfalls nationalliberalen Antragstellers, woraus man ersehen mag, daß es den „liberalen“ Herrschaften um nichts anderes ging, als jegliche Sonntagsruhe zu hintertreiben. Die Sache kam aber infolge der sozialdemokratischen Initiativanträge erstens anders und zweitens als man dachte.

Aus dem Gerichtssaal.

Schug gegen Schugleute! Kürzlich fand vor dem Dorf- und Schöffengericht eine Verhandlung statt, die wieder einmal brutale Mißhandlungen durch Schugleute an den Tag förderte. Auf der Anklagebank saßen, wie dies in Preußen-Deutschland üblich Brauch ist, natürlich nicht die Schugleute, sondern die Mißhandelten. Die Anklage richtete sich gegen den Monteur Johann Grißar und den Anstreicher Wilhelm Balzar wegen ruhestörender Lärms. Grißar hatte sich außerdem noch wegen Widerstand gegen die Staatsgewalt zu verantworten. In der Nacht vom 8. zum 9. November vorigen Jahres hatten der Monteur Johann Grißar und der Anstreicher Wilhelm Balzar gemeinsam mit einigen Kameraden eine Wirtschaft in der Alfenstraße besucht. Als sie das Lokal in aller Ruhe verlassen hatten, traten die Schugleute Jäckel und Grotthaus an Balzar heran und forderten ihn ohne irgend welchen Grund auf, nach Hause zu gehen. Balzar erwiderte in ruhigem Tone darauf, daß er das machen könne wie er wolle. Der Schugmann Grotthaus stieß Balzar ohne weiteres gegen die Brust, daß Balzar einige Schritte zurücktaumelte. In dem gleichen Augenblick kam der Schugmann Jäckel mit gegengemem Säbel und schlug Balzar wiederholt mit der Waffe über den Kopf. Balzar sank blutüberströmt zu Boden. Die Schugleute ließen jedoch von dem schwerverletzten nicht ab, sondern mißhandelten Balzar weiter. In diesem Augenblick sprang der Angeklagte Grißar hinzu und verletzte dem Schugmann Jäckel mit dem Stock einen Schlag an den Kopf. Grißar wurde von den Beamten mit zur Wache genommen, wohingegen Balzar von seiner Frau sofort ins Krankenhaus geschafft wurde. Im Krankenhaus wurde festgestellt, daß der Schädel auf der linken Seite zertrümmert war. Balzar hat über vier Wochen im Krankenhaus zugebracht und war auch am Verhandlungstage noch nicht wieder erwerbsfähig. In allerneuester Zeit muß er sich erneut einer schweren Operation am Kopfe unterziehen. In der Verhandlung versuchten die als Zeugen geladenen Schugleute die Sache so darzustellen, als ob sie von den beiden Angeklagten bedroht worden wären. Mehrere Zeugen bekundeten jedoch übereinstimmend, daß die Angeklagten nicht das mindeste unternommen hätten, sondern daß sie sich durchaus ruhig und anständig betragen hätten. Von ihren Vorgesetzten wurde den Polizeibeamten natürlich das beste Zeugnis ausgestellt. Das Gericht kam im Gegenjah zu den Behauptungen der Schugleute zu einer freisprechenden Urteilsbegründung wurde ausgeführt, daß das Gericht zu der Ansicht gelangt sei, daß die Schugleute zu ihrem Vorgehen keinerlei Grund gehabt hätten. Das Vorgehen gegen Balzar sei unberechtigt gewesen. Der Angeklagte Grißar habe aber, als er sah, daß sein Freund in so unheimlicher Weise mißhandelt worden sei, sehr wohl in berechtigter Empörung geraten können. Wenn er auch in dieser Erregung den Schugmann mit einem Stock geschlagen habe, so habe das Gericht ihn dennoch freigesprochen. Wie im Laufe der Verhandlung zur Sprache kam, ist gegen die beiden Schugleute ein Disziplinarverfahren mit dem Antrage auf Entfernung aus dem Amte eingeleitet worden. Das ist natürlich das Mindeste, was man verlangen muß. Ob auch der Staatsanwalt die brutalen Schugleute zur Rechenschaft zieht, ist immerhin zweifelhaft.

Polizeilich gebildete Kuppel. In Frankfurt a. M. sind seit einigen Jahren mit stiller Duldung der Polizei Bordells eingerichtet worden. Der Betrieb eines öffentlichen Hauses ist strafbar, auch wenn die Polizei, wie in dem Frankfurter Falle, vorher erklärt hat, daß sie nichts gegen die Beherbergung der Prostituierten einzuwenden habe. Aber in der Regel geschieht den Besitzern solcher Häuser nichts nach dem bekannten Wort: Wo kein Kläger ist, da ist kein Richter. In Frankfurt a. M. erfolgte kürzlich Anzeige gegen eine Frau, die ein solches Haus betreibt, worauf auch Anklage wegen Kuppelerei erhoben wurde. Das Schöffengericht verurteilte die Angeklagte zu einem Monat Gefängnis. In der Berufungsinanz wurde die Sache mit der Angeklagten, der Verteidiger, der am Schöffengericht noch auf Freisprechung plädiert hatte, weil die Angeklagte sich durch die Erlaubnis der Polizei gedeckt halten konnte, er suchte jetzt nur um eine mildere Strafe, weil doch erstens eine Konzeptionierung durch die Polizei vorliege, und weil es sich um einen Konflikt zwischen Gesetz und tatsächlichen Verhältnissen handelte. Der Staatsanwalt unterstützte den Verteidiger, und das Gericht setzte auch die Strafe auf eine Woche herab.

Der Gehante an Babern macht nervös. Das Breslauer Schöffengericht verurteilte einen Mann zu drei Monaten Gefängnis, weil er beim Vorbeimarsch einer Kompanie Soldaten gerufen habe: „Ihr denkt wohl, wir sind in Breslau.“ Zur Begründung des Urteils wurde gesagt: „Der Soldat gewesen ist, ist stolz darauf, denn er hat des Königs Rock getragen. Der gewesene Soldat ist dankbar für das, was ihm das Regiment geboten hat. Der Angeklagte aber ist ein Abtrünniger, er hat das dem König im Verhaußen gezeigt. Es ist eine Schande, wenn ein Mann auf über Landwehmann so benimmt. Der Angeklagte hat ein heruntergekommenes Kleid.“ Nach dieser Charakterisierung konnte der Angeklagte die Anklagebank verlassen, um einem anderen Mann Platz zu machen, der einem Schuhmann gegenüber von Babern geredet hatte. Er bekam 40 Mark Geldstrafe. Der Anwalt hatte erklärt, auch hier sei eine strenge Strafe am Platze, damit das „Grenzpflügen auf Babern“ aufhöre.

Aus Nah und Fern.

Eine aufregende Szene. In Berlin spielten sich am Dienstag abend aufregende Szenen bei einer Verhaftung ab. Seit Tagen jähdete die Polizei auf den Kaufmann Kalinsky aus Breslau, der nach Unterschlagung von etwa zehntausend Mark die Flucht ergriffen hatte und nun in Berlin vermutet wurde. Der Betrüger hatte auch seine Frau mitgenommen. Dienstag abend erkannte ein Beamter die Frau, als sie auf einem Postamt Briefe abholte. Er folgte ihr und ermittelte, daß sich das Ehepaar in einem Hotel in der Jägerstraße unter falschem Namen eingemietet hatte. Als der Beamte Kalinsky verhaften wollte, zog dieser einen Revolver und legte auf sich selbst an. Der Beamte entriß ihm die Waffe und nahm ihn fest.

Eiferjuchtdrama. Mittwoch erlösch in Langendree der Konsumverwalter Mania aus Greifswald die unverheiratete Bohmann aus Hamburg. Nach der Tat entließ er sich selbst.

Verhaftung eines Fabrikdirektors. Großes Aufsehen erregt in Frankfurt a. M. das Verschwinden des Direktors Dr. Geisenberger von der Chemischen Fabrik Greifheim, der nach Unterschlagung von etwa 100000 Mk. und Urkundenfälschungen flüchtete. Dr. Geisenberger war früher Bürgermeister in Schleimadt im Elsaß. Er wurde in Wiesbaden verhaftet. Noch bei den letzten Gemeindevorstandswahlen in der vorigen Woche spielte Herr Dr. G. eine Hauptrolle, indem er die Wählervereine und ihre evangelischen und katholischen Helfershelfer gegen die sozialdemokratische Arbeiterpartei mobil machte.

Kinderausfuhr in amerikanische Klöster. Aus Sigmaringen wird berichtet: Dieser Tage verließen zwei Mädchen im Alter von 9 und 15 Jahren unsere Stadt, um mit einer Klosterfrau nach Milwaukee in Nordamerika abzureisen. Die Mädchen erhielten vom Kloster das Reisegeld bezahlt und sollten in Zimmerdingen mit noch 28 jungen Reisegefährtkinnen zusammentreffen, die in Würt-

temberg und Baden von den Klosterfrauen ebenfalls für Milwauke angeordnet wurden. Das „B. L.“ bemerkt zu der Meldung: Es scheint dringend wünschenswert, daß die Behörden sich für diese organisierte Ausfuhr von Kindern im jugendlichsten Alter interessieren. Wie wollen umfangreiche gesetzliche Maßnahmen zur Steigerung unserer Volksvermehrung treffen und dulden dabei einen organisierten Export unreifer, unerfahrener junger Mädchen, die einer unbekanntem Zukunft in fremden Weltteilen zugeführt werden und für immer dem heimischen Volkswesen verloren gehen. Schon auf Grund des Auswanderungsgesetzes sollte sich die Möglichkeit bieten, hiergegen einzuschreiten.

17 Gebäude in Asche gelegt. In einem Hause des Dorfes Salisch bei Mlogon pläzte ein Ofen, wodurch das Haus in Brand geriet. Der herrschende Wind verbreitete das Feuer mit großer Schnelligkeit. Siebzehn Gebäude und Stallungen wurden in Asche gelegt.

Ein Meisenfeuer wütet im Osten von Seibach in Hon-duraß. Bei der Absehung der Meisen waren 23 Häuserblöcke der Stadt zerstört; andere sind von dem gleichen Schicksal bedroht.

Klerikaler Fanatismus. Ein fast ungläublicher Fall klerikalen Hasses wird aus Belgien gemeldet. In der Mädchenschule zu Schaerbeek bei Brüssel fiel während des Unterrichts ein sonst gut geleitetes Kind in eine tiefe Ohnmacht. Den sorgfältigen Bemühungen der Lehrerinnen gelang es, das Kind wieder zum Bewußtsein zu bringen. Das Mädchen gestand nun den Lehrerinnen, daß es und seine kleine Schwester zu Hause schon seit zwei Tagen nichts mehr zu essen erhalten hätten. Wie die daraufhin angestellten Ermittlungen ergaben, ist der Vater des Mädchens ein Angestellter, der jedoch seit einigen Monaten ohne Arbeit ist. Der Großvater der Kinder ist ein reiches slawischer Industrieller. Der Sohn hat gegen den Willen seines Vaters die Tochter eines freigesetzten Mannes geheiratet. Der Vater verließ ihn daher. In seiner Not wendete sich der Sohn nun an den Vater um eine Unterstützung für seine Kinder. Auf den Rat zweier Geistlicher und einer zur Familie gehörenden Kloster-schwester erklärte sich der Großvater, der ein eifriger Klerikaler ist, bereit, die Kinder zu unterstützen; jedoch nur unter der Bedingung, daß die beiden Mädchen in eine Klosterschule gebracht würden, und daß sich die Eltern verpflichteten, ihre Kinder vor dem einundzwanzigsten Lebensjahre nicht mehr zu sehen. Auf diese gemeine Bedingung ging der Sohn nicht ein. Sein klerikaler Vater brachte ihn hierauf außer Arbeit und als der Sohn wieder andere Beschäftigung als Handlungsgeschäfte erhielt, gelang es dem Einfluß des Vaters, ihn diese Beschäftigung wieder, und zwar in drei Fällen, zu entziehen. Der Sohn geriet nunmehr mit seiner Familie in große Not. Seine Kinder brechen vor Hunger in der Schule zusammen — das ist katholische Nächstenliebe, klerikale Liebe gegen das eigene Fleisch und Blut.

Sechs Feuerwehrlente unangekommen. Bei dem Großfeuer in dem Fabrikgebäude der lithographischen Anstalt und Buchdruckerei von Gebrüder Belgandt in Bautzen sind sechs Feuerwehrlente unangekommen. Man fand ihre Leichen unter den Trümmern liegend auf.

Große Betrügereien hat in Ägypten der deut-Prümenbau-Unternehmer Otto Jessau verübt. Er ist in Kairo geflüchtet. Jessau hat mehrere ägyptische Bauern 50000 Mark betrogen, indem er Vorauszahlung Brunnenaubau nahm, die Arbeiten dann aber nicht begann und verschwand. Das deutsche Konsulat hat ein Verfab gegen den Betrüger eingeleitet. Man vermutet, daß Jessau in Deutschland oder Rumänien ist.

Von den Kindern, die keine Dohne haben. Aus Janowo wird gemeldet, daß die beiden 6 und 8 Jahre alten Knaben des Arbeiterpaares Galeski die Ersticken ihren Tod gefunden haben. Die Knaben hatten in Abwesenheit ihrer Eltern mit Streichhölzern gespielt und das Bettrohr in Brand gesetzt.

Ein Kohlenoxydgasvergiftung sind in Koschm ein Ehepaar und dessen 13jährige Tochter erlegen.

Ein ausdauerndes Jahrhundert-Freudenfeuer. Ein jähiges Mißgeschick ist der Verwaltung der Zeche „Ludwig“ Kellinghausen passiert. Sie hatte — wie andere Zechen auch — zur Jahrhundertfeier der Leipziger Völkerschlacht am 18. Oktober auf der Schlachthalde ein Freudenfeuer angezündet. Das sollte die patriotische Begeisterung der Zecheherren mit hellem Scheine befeuchten. Der Verwaltung mochte wohl von Kriegervereinsfesten und gelben Stiftungsfesther bekannt sein, daß es gut ist, wenn man dem Feuer kräftig und angemessene Nahrung zuführt. Ein Faß Teer — le Schnaps — tat denn auch gute Dienste. Es qualmte und stanzwar zum Götterbarren, aber es brannte auch und der Wirt konnte das Feuer nicht auspusten. Am 19. Oktober hätte nach dem Freudenfeuer laut Programm verloschen sollen. Das fiel dem aber gar nicht ein, es brannte lustig weiter. Der Oktober ging vorüber, der November und Dezember — ob auf der Halde brannte es noch immer. Das brennende bünnsflüssige Teer war tief in den Schlachdenhaufen eingedrungen und hatte die dazwischen befindlichen Kohlenreste entzündet. Hatten anfänglich die Zecheherren über diese Ausdauer ihres Freudenfeuers noch gelacht, so wurde ihnen vor soult Gestank und Schwefeldampf übel. 50 Arbeiter sollten nun mit Hacken und Schaufeln der Begeisterung ein Ziel setzen, aber trotz langer Bemühungen gelang es nicht, das Feuer zu löschen. Man wurde das aus dem Schacht gepumpt Grubenwasser auf die brennende Halde geleitet. Tag um Nacht strömten die Wassermassen — einige Kubikmeter je jeder Minute — auf den Brandherd und wurden am Fuß der mächtigen Halde in einen besonders errichteten Kanal abgeleitet. Jetzt soll, wie ein Essener Blatt meldet, endlich ein Erfolg der langwierigen und kostspieligen Löscharbeit zu sehen sein.

Briefkasten.

Abonnent in Artrabe. Um Ihre Frage beantworten zu können, ist es zunächst notwendig, daß Sie uns mitteilen was der Gemeinderat resp. die Dorfschaftsverammlung in bezug auf die Aufbringung der Vorbelastung der einzelnen Dorfschaften zum Bahnbau beschloffen hat.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. **Druck:** F. Eder. Meyer & Co. Sämtlich in Läden.

Komitee- und Kommissionsitzungen

D. T. V.

Vorstands-Sitzung
am Freitag, d. 13. März
abends 8 1/2 Uhr
1898) Der Vorstand.

Am 10. März entließ sanft nach längerer Krankheit meine liebe Frau, unsere gute Mutter und Großmutter (1855)
Magdalene Wienberg
geb. Möller.
Dies betrauert von den Verstorbenen
Heinrich Wienberg
und Kinder.
Zahow i. Westf.
Die Beerdigung findet am Sonnabend, dem 14. März, nachmittags 2 1/2 Uhr statt.

Gewirt zu Duern oder später
2 Schmiede-Lehrlinge
gegen Vergütung u. außer d. Hause.
Johs. Brinekmann,
1679) Lachwehr-Allee 1a.

Barterremohnung per sofort oder später gesucht. Preis bis 20 Mk. Ang. unt. K N an die Exp. d. Bl. (1898)

Ein Fahrrad zu verkaufen. (1898) Bedersgrube 57.

Ein Sportwagen ohne Gummi, billig zu verkaufen. (1898) Graefswich 52. II.

Schön. Zugänger zu verkaufen (1898) Schwant. Allee 52. II.

Kartoffelland
wird vermietet am Sonntag, dem 13. März, morgens von 8 Uhr an. (1898) Fr. Reshöft, Trübir. 13.
Feine Fische wird sauber gewaschen und geplatzt. (1898) Sien, Hauptstraße 6. hatt.

Annahmungen zur Waldschule nimmt Herr Dr. med. J. Meyer, Köhlerstraße 109, vormittags von 8-10 Uhr und nachmittags von 4-5 Uhr entgegen. Die letzten Schulzeugnisse sind mitzubringen. (1898) Die Waldschulkommission.

Tausendfach bewährtes **selbsttätiges Schnell-Waschmittel**
Unübertroffen! 1 Pfund nur 55 Pfg.
Sehr viele Anerkennungs-schreiben

Fünfhausen 28
erhalten Sie erstklassige **Gebrauchs-Fahrräder**
verschiedener Marken. 1495
Gleichzeitig empfehle prima Mäntel und Luftschläuche in allen Preislagen.
Willy Reppenhagen.

Deutsch. Metallarbeiterverband
Verwaltungsstelle Lübeck.
Einladung zum **BALL**
am Sonnabend, dem 14. März 1914
im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50-52.
Anfang abends 8 Uhr. Ende 4 Uhr morgens.
Herrenkarte 50 Pfg., eine Dame frei.
Einzelne Dame 20 Pfg., wofür Garderobe.
Das Komitee.

Jeden Freitag: **Waisen-Hof Tanz.**

Die Arbeiter-Garderoben
aus dem Spezial-Geschäft von **Lübeck Otto Albers** Kholm. Markt 4 **10**
sind vorteilhaft bekannt durch gute Verarbeitung u. sehr billige (172) Preise. N. a.:
Vederhosen . . . 2.20-6.45
Maurehosen . . . 2.60-6.75
Schlosserhosen . . . 1.88-5.25
Abergziehhosen . . . 1.08-2.35
Zwirnhosen . . . 1.68-3.25
Leinene Jacken, schräge u. gerade, 1.28, Kafen, Pendeln, Schlachterjacken, Friseurjacken, Malermäntel erstaunlich billig. Mägen von 30 Pf. bis 1.88 Mk. Note Unbecam.

Neue, bestgeräumte **Bettfedern**
Damen, federdichte, echtfarbene **Julett; fertige Betten.**
Die richtige Bezugsquelle für diese Vertrauensartikel ist das Geschäft von (940)

Herm. Kampff
früher Gebr. Barg
Lübeck Lauenburg a. E.
Kohlmarkt 5. Elbstraße 91/93.
Das Geschäft besteht in Lauenburg über 50 Jahre.

Verband der Brauerei- u. Mühlenarbeiter
Zählstelle Lübeck.

Mitglieder-Versammlung
am Sonnabend, d. 14. März
abends 8 1/2 Uhr
im „Gewerkschaftshaus“
Johannisstr. 50-52.
Tages-Ordnung:
1. Aufnahme neuer Mitglieder.
2. Der diesjährige Verbandstag.
3. Aufstellung eines Kandidaten zum Verbandstag.
4. Berichtlesen.
Es ist notwendig, daß die Mitglieder alle erscheinen.
(1898) Der Vorstand.

Wilde Kaninchen
abgezogen 1 Mk., empfiehlt (1898) Frd. Holst, Kleischbauerstr. 8.



Kurzes Gastspiel des **Rudolph-Baron-Ensembles.**
Neu! Neu! Neu!
Grosse Revue.
Mein Hamburg!
Da lacht das Herz!
Charly Wittong als Gast.
Vorverkauf bei Sager, Kohlmarkt, und Nagel, Am Markt.
Anfang: Sonntags 8 Uhr (1496) Werktags 8 1/4 Uhr.
Kleine Preise.

Neues Stadttheater
Donnerstag, den 12. März 1914:
150. B. i. Boll-Ab. 24. B. i. Donn.-Ab.
Anfang 8 Uhr. Ende nach 10 1/4 Uhr.
IV. Abend im Lustspiel-Zyklus.
Gastspiel von Elsa Valéry vom Deutschen Schauspielhaus in Hamburg.
Ein Diener zweier Herren.
Herauf:
Mirandolina.
Luftspiele von G. Goldoni. (1829) Mittelpreise.
Freitag, den 13. März 1914:
151. B. i. Boll-Ab. 25. B. i. Freit.-Ab.
Anfang 6 1/2 Uhr. Ende 11 1/2 Uhr.
Zum letzten Male:
Die Meistersinger v. Nürnberg
Große Oper von Rich. Wagner. Große Preise.
Sonnabend, den 14. März 1914:
152. B. i. Boll-Ab. Außer Sonnab.-Ab.
Anfang 8 Uhr. Ende 11 1/2 Uhr.
Auf vielfachen Wunsch:
Hamlet
von Shakespeare. Schülerarten haben Gültigkeit. Kleine Preise.
Die Ausgabe der letzten Abonnementsrate findet vom Freitag, dem 13. März, an der Theaterkasse statt.